



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1959

Samstag, den 10. Januar 1959

Nr. 2

**INHALT**

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident		Auszeichnungen des Hessischen Min. für Landwirtschaft und Forsten	22
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes	17	Teilflurbereinigungsverfahren Rothwesten-Eichenberg	23
Der Hessische Minister des Innern		Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Nauheim, Krs. Limburg	24
Gebührenpflichtige Verwarnung nach § 22 StVG und § 33 HPolG; hier: Änderung und Berichtigung	18	Teilflurbereinigungsverfahren Laar, Krs. Wolfhagen	24
Gebührenordnung für die Staatliche Prüfung von Impfstoffen und Heilsera; hier: Impfstoffe gegen Kinderlähmung	18	Flurbereinigung Frankenhausen, Krs. Darmstadt	24
Verbot des Inverkehrbringens von Tropfmilch und daraus gewonnenen Milcherzeugnissen zum menschlichen Genuß	18	Flurbereinigung Allendorf, Krs. Wetzlar	25
Der Hessische Minister der Finanzen		Flurbereinigung Ulm, Krs. Wetzlar	25
Erhöhung der Gagen für die Mitglieder der Opernsingchöre bei den staatlichen Theatern	18	Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Lengfeld, Krs. Dieburg	26
Erhöhung der Gagen für die Mitglieder der Ballettgruppen bei den staatlichen Theatern	19	<b>Personalnachrichten</b>	
Anrechnung von Versorgungsbezügen auf das Übergangsgeld für Angestellte nach der ADO Nr. 5 zu § 16 TO A; hier: Verbuchung überzahlter Übergangsgelder, wenn die Rückzahlung erst nach Abschluß der Bücher erfolgt	19	B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten	26
§ 99 Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG)	20	C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	26
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung		E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	28
Allgemeine Anordnung zum Gesetz über die Mitbestimmung der Erziehungsberechtigten und den Landesschulbeirat v. 13. 11. 1958	20	G. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr	28
Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr		<b>Regierungspräsidenten</b>	
Bundesstraße Nr. 27; hier: Einziehung einer Teilstrecke	21	WIESBADEN	
Bundesstraße Nr. 277 — Ortsdurchfahrt Haiger; hier: Einziehung einer Teilstrecke	21	Ungültigkeitserklärung einer Bescheinigung gem. § 10 Abs. 4 HEG	28
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		Änderungen zur Satzung des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände in Hessen	28
Inanspruchnahme von forstfiskalischem Gelände für Wasserversorgungsanlagen	21	<b>Hessischer Verwaltungsschulverband</b>	
		Neue Lehrgänge am Verwaltungsschulseminar Darmstadt des Hessischen Verwaltungsschulverbandes und der Seminarabteilung Bensheim	28
		<b>Öffentlicher Anzeiger</b>	29

24

### Der Hessische Ministerpräsident

**Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. 12. bis 23. 12. 1958**

<b>Staat und Wirtschaft in Hessen</b>	Preis DM
13. Jahrgang, Heft 10, Oktober 1958	1,50

**Inhaltsangabe:**

1. Hessische Wahlergebnisse seit 1949 (Schaubild)
2. Das hessische Sozialprodukt im Jahre 1957 in konstanten Preisen
3. Die Studierenden an den hessischen Hochschulen 1949 bis 1957
4. Zur Struktur des Wohnungsbestandes in Hessen
5. Ausgewählte freie Berufe und ihre Umsätze
6. Die Verbreitung des Fernsehens am 1. April 1958 in Hessen
7. Kurzberichte
8. Hessischer Zahlenspiegel
9. Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

**Statistische Berichte**

Die Weinmosternte 1958 in Hessen	—,25
Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen vom November 1958	—,50
Eierzeugung und -verwendung	
Schweinebestandsentwicklung	
Ergebnisse der Schweineverkäufe	
Preisberichterstattung	
Vorräte an Getreide und Kartoffeln Ende November 1958	
Endgültige Aussaatflächen Herbst 1958	
Industrie- und Bauhauptgewerbe im September 1958	1,—

Industrie- und Bauhauptgewerbe im Oktober 1958	1,—
Umsatzentwicklung des Einzelhandels in Hessen im November 1958 — Schnellbericht —	—,25
Die Ausfuhr Hessens im Oktober 1958	—,75
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Oktober 1958 — Vorauswertung — Vorläufige Zahlen —	—,25
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im November 1958 — Vorauswertung — Vorläufige Zahlen —	—,25
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Oktober 1958 und Straßenverkehrsunfälle 1957 u. 1958 (vorläufige Zahlen) — Unfälle nach dem Ort und ihrer Art	—,75
An Unfällen beteiligte Verkehrsteilnehmer	
Polizeilich festgestellte unmittelbare Unfallursachen	
Unfallopfer	
Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Oktober 1958	—,75
Die öffentliche Fürsorge in Hessen im Rechnungsjahr 1957 (1. April 1957 bis 31. März 1958)	1,—
Die Streuung der gemeindlichen Realsteuerhebesätze des Rechnungsjahres 1957	1,—
Ergebnisse der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen (2. Rechnungsvierteljahr 1958 1. 7.—30. 9. 1958)	—,75
Preise wichtiger Baustoffe u. Bauarbeiten in mittleren und kleineren Gemeinden in Hessen im Oktober 1958	—,25
Erzeuger- bzw. Großhandelspreise in Hessen im Oktober 1958	—,75
Einzelhandelspreise in Hessen im November 1958 und die Preisbewegung bei den Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs	—,75
Wiesbaden, 23. 12. 1958	

**Hessisches Statistisches Landesamt**  
 Z 4 (a) Az.: 77a 241/58  
 St.Anz. 2/1959 S. 17

25

**Gebührenpflichtige Verwarnung nach § 22 StVG und § 33 HPolG;**

hier: Änderung und Berichtigung des RdErl. vom 6. 11. 1958 — III k (3), Az.: 66 k 02.01a (St.Anz. S. 1394)

1. Abs. 1 und 2 der Ziff. 12 des Runderlasses wenden wie folgt geändert:

„Die Herstellung der Verwarnungsvordrucke A—D veranlaßt die Landesbeschaffungsstelle, bei der die Vordrucke von den Dienstbehörden unmittelbar anzufordern sind, und zwar im Bereich der staatlichen Polizei

von den Regierungspräsidenten  
für die Polizeiverkehrsbereitschaften,  
von den Landräten  
für die Polizeikommissariate und Landespolizei-Stationen,  
von dem WSP-Amt  
für die Wasserschutzpolizei-Reviere.“

2. In der Anlage 9 ist in der Tabelle im Kopf der Spalte 8 die Zahl 5 durch 7,

in der Spalte 7 die Zahl 48 durch 68 und die Zahl 330 durch 350 zu ersetzen. Das Wort „Dreihundertdreißig“ ist entsprechend in „Dreihundertfünfzig“ zu berichtigen.

Wiesbaden, 29. 12. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**  
III k (1) — 66 k 02.01 a  
St.Anz. 2/1959 S. 18

26

**Gebührenordnung für die Staatliche Prüfung von Impfstoffen und Heilsera;**

hier: Impfstoffe gegen Kinderlähmung

Ziffer 10 der Anlage zur „Gebührenordnung für die staatliche Prüfung von Impfstoffen und Heilsera“ (Rd.Erl. d. RMdI. v. 18. Juli 1939 — IV g 2513/39 — 5540 u. III a 8214/39 — 1580 — RMBH.V. S. 1549) erhält folgenden Zusatz:

Bezeichnung des Erzeugnisses	Grundgebühr je Liter	Mindestgebühr
Impfstoffe gegen Kinderlähmung	450,—	45,000,—

Die Gebühr wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen und dem Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung in vorstehender Höhe festgesetzt und wird bei den Impfstoffen gegen Kinderlähmung erhoben, deren Prüfungsverfahren (Tag der Zulassung oder Zurückweisung) nach dem 1. August 1958 abgeschlossen wurde.

Bei Impfstoffen gegen Kinderlähmung, die aus dem Ausland in den Bereich der Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden, wird die Gebühr nach der zur Einfuhr gelangenden Menge berechnet.

Im Falle der Zurückweisung eines Impfstoffes ist nur die Mindestgebühr zu entrichten.

Wiesbaden, 22. 12. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**  
Az.: VII A/i — 18 i 02 05 — 6058/58  
St.Anz. 2/1959 S. 18

28

**Der Hessische Minister der Finanzen****Erhöhung der Gagen für die Mitglieder der Opersingchöre bei den staatlichen Theatern**

Bezug: Mein Erlaß vom 15. 10. 1957 — P 2122 A — 5 — I 41 (St.Anz. S. 1069)

Der Deutsche Bühnenverein hat mit der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger am 10. Dezember 1958 einen Tarifvertrag über eine weitere Erhöhung der Gagen für die Mitglieder von Opersingchören abgeschlossen. Nachstehend gebe ich den Tarifvertrag mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung bekannt.

Zur Erläuterung und Durchführung des Tarifvertrages bemerke ich folgendes:

1. Die Opersingchöre der staatlichen Theater gehören nach § 2 Nr. 1 des Chorgagentarifvertrages vom 4. 7. 1956 in der Fassung des Tarifvertrages vom 4. 10. 1956 zur Chorgagen-

27

**Verbot des Inverkehrbringens von Tropfmilch und daraus gewonnenen Milcherzeugnissen zum menschlichen Genuß**

Gemeinsamer Erlaß des Hessischen Ministers des Innern und des Hessischen Ministers für Landwirtschaft u. Forsten

Tropfmilch im Sinne dieses Erlasses ist derjenige Teil der Anlieferungsmilch, der nach Entleeren der Milchkanne noch in diesen verbleibt, erst nach Umkippen derselben auf dem Abtropfgestell abläuft und über eine entsprechende Auffangeinrichtung wieder in einem Behälter gesammelt wird.

Tropfmilch ist immer mehr oder weniger stark verschmutzt. Der Grad der Verschmutzung hängt sowohl von der Witterung wie von der Beschaffenheit der Abstellplätze der Kannen ab. Die Dauer des Stehens der Kannen vor ihrer Entleerung spielt ebenfalls eine Rolle. Je nach der Dauer der Zeit vermehrt sich das Bodensediment in den Kannen und damit auch in der Tropfmilch.

Tropfmilch ist demnach als erheblich verschmutzte Milch im Sinne des § 6 Nr. 4 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 150) anzusehen und vom Verkehr auszuschließen. Nach § 7 Nr. 1 dieser Verordnung ist auch das Inverkehrbringen von Milcherzeugnissen, die unter Verwendung von Tropfmilch hergestellt sind, verboten. Wenn sich in der Kriegszeit eine andere Auffassung hierüber gebildet hat, so ist dies aus den seinerzeitigen Ernährungsverhältnissen zu erklären. Nachdem diese Gründe entfallen sind und Milch in reichlichem Maße vorhanden ist, ist durch nichts mehr gerechtfertigt, Tropfmilch noch zum Zwecke der menschlichen Ernährung in Verkehr zu bringen.

Sofern Tropfmilch zu Futterzwecken verwendet werden soll, ist sie vorschriftsmäßig zu erhitzen. Die Bearbeitung dieser Milch hat, sofern nicht besondere Geräte hierfür zur Verfügung stehen, nach Abschluß der Bearbeitung der anderen Milch und gesondert von dieser zu erfolgen. Die daraus gewonnene Magermilch sowie der Rahm sind der übrigen Futtermilch beizugeben.

Ein Inverkehrbringen der Tropfmilch und der daraus gewonnenen Milcherzeugnisse zum menschlichen Genuß ist verboten und kann nach § 11 des Lebensmittelgesetzes in Verbindung mit § 6 Nr. 4 oder § 7 Nr. 1 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes geahndet werden.

Diese Neuregelung tritt am 1. Februar 1959 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt der gemeinsame Erlaß — VII B e Nr. 128 — 20 a 1803 — vom 26. September 1957 (St.Anz. S. 1001) außer Kraft.

Wiesbaden, 22. 12. 1958

**Der Hessische Minister des Innern**  
VII B Nr. 138

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**  
VI h — 87 a 06  
St.Anz. 2/1959 S. 18

klasse C. Die mit 1. Januar 1959 wirksam werdende Erhöhung der Chorgagen ist daher von einem Betrag von 450,— Deutsche Mark zu berechnen. Sie beträgt somit 22,50 DM. Mit Wirkung vom 1. Januar 1959 sind den Mitgliedern der Opersingchöre daher folgende Gagen zu zahlen:

beim Landestheater Darmstadt 521,— DM,  
beim Staatstheater Kassel 561,— DM,  
beim Staatstheater Wiesbaden 561,— DM.

2. Die Anfänger erhalten mit Wirkung vom 1. Januar 1959 folgende Gagen:

	im 1. Jahr	im 2. Jahr	im 3. Jahr
beim Landestheater Darmstadt	326,— DM	391,— DM	456,— DM,
beim Staatstheater Kassel und Wiesbaden	351,— DM	421,— DM	491,— DM.



dungs- und Versorgungsgebühren einschil. etwaiger Nebenbezüge — vgl. § 70 Abs. 2 Satz 3 RHO — künftig ohne Rücksicht auf das Rechnungsjahr in jedem Falle von der Ausgabe wieder abgesetzt werden.

Wiesbaden, 20. 12. 1958

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
H 1000/58 — IIIa/7

St.Anz. 2/1959 S. 19

**31**

### § 99 Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG)

Mit meinem Runderlaß vom 13. 10. 1958 — P 1642 A — 2 — I/43 — habe ich die Pensionsregelungsbehörden bei den Regierungspräsidenten Darmstadt, Kassel, Wiesbaden mit der Durchführung des § 99 AKG beauftragt. Diese Regelung gilt für die Bediensteten, die bei einer Dienststelle der in § 1 Abs. 1 AKG genannten Rechtsträger außerhalb des Bundesgebietes (Verdrängte) oder bei einer Dienststelle außerhalb des Bundesgebietes standen, die seither weggefallen ist, ohne daß ihre Aufgaben bei der Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse ganz oder überwiegend von einer anderen deutschen Dienststelle im Bundesgebiet übernommen worden sind.

Die Leistungen der Versicherungsträger der fiktiven Nachversicherung für diese Bediensteten gehen zu Lasten des Bundes.

Für die ehem. Bediensteten, die vor dem 8. 5. 1945 aus einer im jetzigen Gebiet des Landes Hessen gelegenen Dienststelle der in Abs. 1 Nr. 1 bis 3 meines Runderlasses genannten Rechtsträger, deren Aufgaben ganz oder überwiegend endgültig vom Lande Hessen übernommen worden sind, ausgeschieden sind, sind für die Durchführung des § 99 AKG zuständig

- a) der Oberlandesgerichtspräsident — Generalstaatsanwalt
  - b) die Oberfinanzdirektion Frankfurt/Main und
  - c) die Pensionsregelungsbehörden bei den Regierungspräsidenten Darmstadt, Kassel, Wiesbaden
- je für ihren Geschäftsbereich.

Die Leistungen der Versicherungsträger der fiktiven Nachversicherung für die letztgenannten Bediensteten sind vom Land zu tragen.

Ergänzend zu meinem Runderlaß vom 13. 10. 1958 wird noch mitgeteilt, daß als ehem. Bedienstete des Deutschen Reichs im Sinne des § 99 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 AKG nicht die ehem. Bediensteten der Deutschen Reichsbank gelten.

Wiesbaden, 20. 12. 1958

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
P 1642 A — 2 — I/43

St.Anz. 2/1959 S. 20

**32**

## Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

### Allgemeine Anordnung zum Gesetz über die Mitbestimmung der Erziehungsberechtigten und den Landesschulbeirat vom 13. 11. 1958 (GVBl. S. 174)

I

(1) Bis zur Wahl von Elternvertretungen aller Stufen nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Erziehungsberechtigten und den Landesschulbeirat vom 13. 11. 1958 (GVBl. S. 174) wird das Mitbestimmungsrecht der Erziehungsberechtigten im Sinne des Art. 56 Abs. 6 der Hessischen Verfassung durch die Klassen- und Schulelternbeiräte sowie die Stadt- und Kreiselternausschüsse, die nach den bisher ergangenen Verwaltungsanordnungen gewählt worden sind, ausgeübt.

(2) Bis zum Inkrafttreten einer nach § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Erziehungsberechtigten und den Landesschulbeirat vom 13. 11. 1958 (GVBl. S. 174) zu erlassenden Wahlordnung sind die bisherigen Vorschriften über die Wahl von Elternvertretungen anzuwenden.

II

Für die Wahl des ersten Landeselternbeirates wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern die anliegende Wahlordnung erlassen.

III

Die Amtszeit des ersten Landeselternbeirates endet, sobald die Elternvertretungen aller Stufen nach den Vorschriften einer gemäß § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Erziehungsberechtigten und den Landesschulbeirat zu erlassenden endgültigen Wahlordnung gewählt worden sind.  
Wiesbaden, 20. 12. 1958

**Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung**

VI/1 — 815/41 — 58

St.Anz. 2/1959 S. 20

Anlage

Wahlordnung für den ersten Landeselternbeirat

§ 1

(1) Der Landeselternbeirat wird von Delegierten der Kreis- und Stadtelternausschüsse aus den Kreisen der Erziehungsberechtigten gewählt.

(2) Er besteht aus 15 Mitgliedern und zwar vier Mitgliedern, die nicht als Vertreter bestimmter Schulformen gewählt werden,

drei Vertretern der Volksschulen, von denen mindestens ein Vertreter der Elternschaft der Volksschuloberstufe angehören soll,

einem Vertreter der Mittelschulzüge,  
einem Vertreter der Sonderschulen,

einem Vertreter der Mittelschulen,  
zwei Vertretern der Gymnasien,  
einem Vertreter der Privatschulen,  
zwei Vertretern der berufsbildenden Schulen.

Vertreter einer Schulform kann nur der Erziehungsberechtigte eines Schülers dieser Schulform sein.

§ 2

(1) Der Landeselternbeirat wird auf einer Delegiertenversammlung gewählt.

(2) Jeder Kreis- und Stadtelternausschuß wählt und entsendet je einen Delegierten für

1. Volksschulen,
2. Mittelschulzüge,
3. Sonderschulen,
4. Mittelschulen,
5. Gymnasien,
6. Privatschulen,
7. berufsbildende Schulen,

soweit diese Schulgruppen im Landkreis oder der kreisfreien Stadt vertreten sind.

(3) Jeder Delegierte hat für jedes angefangene Zehntausend der Schüler der von ihm vertretenen Schulformen eine Stimme. Für die Zahl der Schüler ist die letzte veröffentlichte Jahreserhebung des Ministers für Erziehung und Volksbildung maßgebend.

(4) Die Delegierten weisen sich vor dem Wahlausschuß durch schriftliche Stimmvollmacht aus, die von dem Vorsitzenden des Kreis- oder Stadtelternausschusses oder dessen Stellvertreter unterzeichnet sein muß.

§ 3

(1) der Vorsitzende des durch Erlaß des Ministers für Erziehung und Volksbildung vom 5. März 1958 berufenen vorläufigen Landeselternbeirats beruft im Einvernehmen mit dem Minister für Erziehung und Volksbildung die Delegiertenversammlung ein und übernimmt zunächst die Verhandlungsleitung.

(2) Am Vortage der Wahl wählt die Delegiertenversammlung für die vorzunehmenden Wahlen einen Wahlausschuß in offener Wahl. Er besteht aus fünf Delegierten, die aus sich den Wahlversammlungsleiter und die Reihenfolge seiner Stellvertretung bestimmen. Der Wahlversammlungsleiter ist zugleich Vorsitzender des Wahlausschusses. Zu diesem Wahlausschuß tritt ein vom Minister für Erziehung und Volksbildung bestimmter Beamter als gleichberechtigtes Mitglied. Jedes Mitglied des Wahlausschusses, das für den Landeselternbeirat kandidiert, tritt für die Dauer des ihn betreffenden Wahlganges aus dem Wahlausschuß zurück.

§ 4

Die Delegiertenversammlung wählt aus dem Kreis der Erziehungsberechtigten in nachstehender Reihenfolge

1. mit den Stimmen der Delegierten der einzelnen Schulformen deren Vertreter sowie die doppelte Zahl von Ersatzleuten,
2. mit allen Stimmen die vier Mitglieder, die nicht als Vertreter bestimmter Schulformen gewählt werden sowie die doppelte Zahl von Ersatzleuten.

§ 5

(1) Kandidaten sind dem Wahlausschuß schriftlich von mindestens fünf für die jeweilige Wahl der stimmberechtigten Delegierten zu benennen. Jedem Wahlvorschlag ist das schriftliche Einverständnis der genannten Kandidaten beizufügen. Als Kandidaten für die Volksschule sollen mindestens zu einem Drittel Erziehungsberechtigte benannt werden, deren Kinder das 5. bis 8. Schuljahr besuchen.

(2) Wahlvorschläge gemäß Absatz 1 müssen mindestens drei Namen enthalten; sie können nur bis zu dem vom Wahlausschuß am Vortage der Wahl bekanntzugebenden Termin eingereicht werden.

(3) Wer gemäß § 4 Nr. 1 als Vertreter einer bestimmten Schulform gewählt ist, scheidet als Kandidat für die Wahl gemäß § 4 Nr. 2 aus.

(4) Der Wahlausschuß stellt, für jeden Wahlgang getrennt, Stimmzettel her, auf denen die Namen der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind.

(5) Jeder Delegierte erhält so viele Stimmzettel, wie er Stimmen hat. Er kann auf jedem Stimmzettel so viele Namen ankreuzen, wie in dem betreffenden Wahlgang Kandidaten zu wählen sind.

(6) Jeder Stimmzettel ist in einem besonderen Umschlag vom Delegierten in die Wahlurne zu legen, die für den jeweiligen Wahlgang bestimmt ist.

§ 6

(1) Nach Abschluß jedes Wahlganges stellt der Wahlausschuß das Wahlergebnis schriftlich fest. Er fertigt über den gesamten Wahlvorgang eine Niederschrift an.

(2) Die Reihenfolge der Vertreter und ihrer Ersatzleute in den einzelnen Wahlgängen richtet sich nach der Anzahl der auf sie entfallenden Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Wahlversammlungsleiter zu ziehende Los.

(3) Die gewählten Ersatzleute rücken in ihrer Gruppe beim Ausscheiden ihrer Vormänner aus dem Landeselternbeirat in der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmenzahl nach.

§ 7

Das Amt der Mitglieder und Ersatzleute des Landeselternbeirats endet, wenn sie nicht mehr Erziehungsberechtigte eines Kindes sind, das eine Schule im Lande Hessen besucht; das Amt der Vertreter einer Schulform erlischt, wenn sie nicht mehr Erziehungsberechtigte eines Schülers dieser Schulform sind.

§ 8

Die Delegierten, die an der Wahl teilnehmen, und die Mitglieder des vorläufigen Landeselternbeirats erhalten Fahrtkosten II. Klasse und als Zehrgeld einen Betrag von fünfzig Deutsche Mark für die gesamte Dauer der Delegiertenversammlung, die Auswärtigen ein einmaliges Übernachtungsgeld von zehn Deutsche Mark.

§ 9

Der Delegiertenversammlung bleibt es unbenommen, Erziehungsberechtigte als Berater des Landeselternbeirats zu wählen, die jedoch nicht dessen Mitglieder werden.

33

**Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr**

**Bundesstraße Nr. 27;**

hier: Einziehung einer Teilstrecke

Mit der Fertigstellung der neugebauten Teilstrecke der Bundesstraße Nr. 27 bei der Domäne Cornberg, Kreis Rotenburg/Fulda, Regierungsbezirk Kassel, ist das Teilstück der Bundesstraße Nr. 27 von km 12,100 alt (= km 12,115 neu) bis km 12,700 (alt = neu) = 600 m für den Verkehr entbehrlich geworden.

Diese Teilstrecke verliert daher mit Ablauf des 31. 3. 1959 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird eingezogen. (§ 2 Abs. 4 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. 8. 1953 — BGBl. I, S. 903 —.)

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Wiesbaden, 16. 12. 1958

**Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr**  
W III d — Az.: 63 a 30 St.Anz. 2/1959 S. 21

34

**Bundesstraße Nr. 277 — Ortsdurchfahrt Haiger;**

hier: Einziehung einer Teilstrecke

Mit der Fertigstellung der neugebauten teilweisen Umgebung der Gemeinde Haiger, Dillkreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist die Teilstrecke der Bundesstraße Nr. 277 von km 7,233 (alt) bis km 7,337 (alt) entbehrlich geworden.

Die Teilstrecke verliert daher mit Wirkung vom 1. 10. 1958 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird eingezogen. (§ 2 Abs. 4 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. 8. 1953 — BGBl. I, S. 903 —.)

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Wiesbaden, 16. 12. 1958

**Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr**  
W III d — Az.: 63 a 30 St.Anz. 2/1959 S. 21

35

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**

**Inanspruchnahme von forstfiskalischem Gelände für Wasserversorgungsanlagen**

Hinsichtlich der Inanspruchnahme von forstfiskalischem Gelände für Wasserversorgungsanlagen gilt ab sofort folgende Regelung:

Für die Wasserentnahme im Staatswald durch öffentliche Wasserversorgungsunternehmen ist grundsätzlich kein Wasserentgelt für die jeweils entnommene Wassermenge zu erheben. Bei Inanspruchnahme von forstfiskalischen Grundstücken für Wasserversorgungsanlagen ist jedoch eine laufende jährliche Anerkennungsgebühr zu fordern, wobei für Bauwerks- und Wasserfassungsanlagen 0,015 DM/m<sup>2</sup> je Jahr

und für Rohr-, Kabelleitungen pp. 0,01 DM/lfdm je Jahr anzuhalten sind: die Mindestgebühr beträgt 5,00 DM/J.

Der Forstverwaltung steht es frei, in Einzelfällen als Anerkennungsgebühr für die Wasserentnahme den Anschluß oder die kostenlose Versorgung von Forstdienstgehöften zu fordern.

Durch diese Anerkennungsgebühr bleibt die Haftung seitens des Wasserversorgungsunternehmers bei eintretenden Schäden durch Bau und Betrieb unberührt.

Dem Verkauf von forstfiskalischen Flächen kann ich nur dann zustimmen, wenn die Grundstücksflächen am Rande oder außerhalb eines geschlossenen Staatsforstbesitzes liegen.

Diese Regelung gilt nur für öffentliche Wasserversorgungsunternehmen, Verträge zwischen diesen Unternehmen und der Forstverwaltung sind zukünftig nach den vorstehenden Grundsätzen abzuschließen.

Wiesbaden, 24. 12. 1958

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft u. Forsten**  
Vd — 62.5.4a — 5494/58 III f I/3759 — 367.02

St.Anz. 2/1959 S. 21

**36**

### **Auszeichnungen des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten**

Als sichtbares Zeichen der Anerkennung besonderer Verdienste und Leistungen verleiht der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

- I. die Ehrenplakette in Gold, Silber und Bronze für besondere Verdienste um die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft,
- II. die Ehrenplakette in Gold, Silber und Bronze für besondere Leistungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft,
- III. die Staatsmedaille in Silber und Bronze für Bestleistungen auf Tierschauen und Tieraustellungen,
- IV. die Urkunde für Jahresbestleistungen von Molkereibetrieben.

Die Einzelheiten der Gestaltung der Grundsätze und des Verfahrens über die Verleihung der Plaketten, Medaillen und Urkunden sind in den folgenden Richtlinien enthalten.

\*

#### **Richtlinien**

für die Verleihung der Auszeichnungen des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

#### **I. EHRENPLAKETTE IN GOLD, SILBER UND BRONZE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE LANDWIRTSCHAFT UND UM DIE FORSTWIRTSCHAFT**

Die Ehrenplakette wird in drei Ausführungen (Gold, Silber und Bronze) je nach der Bedeutung der Verdienste verliehen.

Sie besteht aus einer runden Medaille. Die Vorderseite zeigt den Hessischen Löwen, kreisförmig umgeben mit der Inschrift „Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten“. Die Rückseite trägt kreisförmig die Inschrift „Für besondere Verdienste“.

Die Ehrenplakette für besondere Verdienste wird Persönlichkeiten verliehen, deren Verdienste um die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft allgemein Anerkennung gefunden haben.

Für jede Ehrenplakette wird eine Besitzzurkunde ausgefertigt, die Vorname, Name und Wohnort des Empfängers enthält.

#### **II. EHRENPLAKETTE IN GOLD, SILBER UND BRONZE FÜR BESONDERE LEISTUNGEN AUF DEM GEBIETE DER LANDWIRTSCHAFT**

Für besondere Leistungen auf allen Gebieten der Landwirtschaft wird die Ehrenplakette in drei Ausführungen, und zwar in Gold, Silber und Bronze verliehen. Sie kann Einzelpersonen, Betrieben, Zuchtvereinen und Verbänden zugesprochen werden.

Sie entspricht in Größe und Ausführung der Ehrenplakette zu I. Die Vorderseite zeigt wiederum den Hessischen Löwen kreisförmig umgeben mit der Inschrift „Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten“. Die Rückseite trägt die Inschrift kreisförmig innerer Kreis „Für besondere Leistungen“ und äußerer Kreis „Ackerbau, Gartenbau, Weinbau, Tierzucht“.

Für die Verleihung gelten die nachstehenden besonderen Richtlinien:

#### **1. Für besondere Leistungen auf den Gebieten des Acker- und Pflanzenbaues:**

##### **A. Für Saatbaubetriebe:**

Den Inhabern von Saatbaubetrieben, in denen in ununterbrochener Folge Saatgut zur Anerkennung vermehrt wurde, werden als Auszeichnung verliehen:

- für 25 Jahre und mehr als Saatbaubetrieb  
1 Ehrenplakette in Bronze
- für 50 Jahre und mehr als Saatbaubetrieb  
1 Ehrenplakette in Silber

für 75 Jahre und mehr als Saatbaubetrieb

1 Ehrenplakette in Gold

##### **B. Bei Landesbraugerstenschauen:**

Den Ausstellern der Siegergerste jedes Anbaugebietes wird je 1 Ehrenplakette in Bronze verliehen.

##### **C. Für Betriebswettbewerbe:**

Es werden verliehen:

- bei mindestens 50 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Bronze
- bei mehr als 100 Teilnehmern 2 Ehrenplaketten in Bronze
- bei mehr als 150 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Silber und 2 Ehrenplaketten in Bronze.

#### **2. Für besondere Leistungen auf dem Gebiete des Gartenbaues:**

##### **A. Bei Ausstellungen:**

Es werden verliehen:

- a) bei Ausstellungen; auf denen Erzeugnisse aus einem Bezirk ausgestellt werden, der mindestens 2 Kreise (für Obstbau 1 Kreis) oder ein Anbaugebiet umfaßt mit mindestens 25 Ausstellern 1 Ehrenplakette in Bronze
- b) bei Ausstellungen, auf denen Erzeugnisse aus einem Bezirk ausgestellt werden, der mindestens 4 Kreise (für Obstbau 2 Kreise) oder 2 Anbaugebiete umfaßt mit mindestens 25 Ausstellern 1 Ehrenplakette in Bronze, mit mindestens 50 Ausstellern 2 Ehrenplaketten in Bronze
- c) bei Ausstellungen auf Landesbene mit mindestens 75 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Silber und 2 Ehrenplaketten in Bronze.

##### **B. Für Betriebswettbewerbe:**

Es werden verliehen:

- bei mindestens 50 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Bronze
- bei mehr als 75 Teilnehmern 2 Ehrenplaketten in Bronze
- bei mehr als 100 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Silber und 2 Ehrenplaketten in Bronze.

##### **C. Für sonstige Wettbewerbe:**

Es werden verliehen:

- bei mindestens 50 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Bronze
- bei mehr als 75 Teilnehmern 2 Ehrenplaketten in Bronze
- bei mehr als 100 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Silber und 2 Ehrenplaketten in Bronze.

Gehören Aussteller oder Wettbewerbsteilnehmer verschiedenen Fachrichtungen an, so können für jede dieser Fachrichtungen Ehrenplaketten nach Abschnitt 2 verliehen werden, wenn die dort geforderte Anzahl der Aussteller bzw. Teilnehmer bei jeder dieser Fachrichtungen erreicht wird.

#### **3. Für besondere Leistungen auf dem Gebiete des Weinbaues:**

##### **A. Für Weinprämierungen:**

Es werden verliehen:

- a) bei Weinprämierungen, auf denen Erzeugnisse aus einem Weinbaugebiet begutachtet werden mit mindestens 25 Teilnehmerbetrieben  
1 Ehrenplakette in Bronze  
mit mindestens 50 Teilnehmerbetrieben  
2 Ehrenplaketten in Bronze
- b) bei Weinprämierungen auf Landesebene mit mindestens 75 Teilnehmerbetrieben  
1 Ehrenplakette in Silber  
und 2 Ehrenplaketten in Bronze.

##### **B. Bei Betriebswettbewerben:**

Es werden verliehen:

- bei mindestens 50 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Bronze
- bei mehr als 75 Teilnehmern 2 Ehrenplaketten in Bronze
- bei mehr als 100 Teilnehmern 1 Ehrenplakette in Silber und 2 Ehrenplaketten in Bronze.

#### **4. Für besondere Leistungen auf dem Gebiete der Tierzucht:**

Bei Tierschauen:

Es werden verliehen:

- A. Bei Schauen, auf denen Tiere ausgestellt werden aus einem Bezirk, der mindestens das Gebiet von zwei Kreisen umfaßt, bei größeren Hauptkörungen (Sammelkörungen) und bei Sonderkörungen, die mit Elite-Tieren besetzt werden:
  - a) Pferde-, Rinder-, Schweine-, Schaf- und Ziegenschauen oder -körungen mit mindestens 50 Tieren einer Tierart  
1 Ehrenplakette in Bronze



- mit mindestens 100 Tieren einer Tierart  
2 Ehrenplaketten in Bronze
- mit mindestens 150 Tieren einer Tierart  
1 Ehrenplakette in Silber  
und 2 Ehrenplaketten in Bronze.
- b) Geflügel- und Kaninchenschauen  
mit mindestens 1200 Tieren 1 oder mehrere Ehrenplaketten  
nach Art und Zusammensetzung der Schau.
- B. bei Schauen, auf denen Tiere ausgestellt werden aus einem  
Bezirk, der mindestens einen Regierungsbezirk umfaßt:
- a) Pferde-, Rinder-, Schweine-, Schaf- und Ziegenschauen  
mit mindestens 50 Tieren 1 Ehrenplakette in Bronze  
mit mindestens 75 Tieren 2 Ehrenplaketten in Bronze  
mit mindestens 100 Tieren 1 Ehrenplakette in Silber und  
2 Ehrenplaketten in Bronze  
mit mindestens 150 Tieren 2 Ehrenplaketten in Silber und  
2 Ehrenplaketten in Bronze,
- b) bei Geflügel- und Kaninchenschauen  
mit mindestens 1200 Tieren 1 oder mehrere Ehrenplaketten  
nach Art und Zusammensetzung der Schau,
- c) Gebrauchshundeschauen  
mit mindestens 400 Tieren 1 oder mehrere Ehrenplaketten  
nach Art und Zusammensetzung der Schau.

Sind bei Tierschauen von Großtieren verschiedene Rassen  
ausgestellt, so ist ebenfalls die Mindestauftriebszahl von  
50 Tieren einer Tiergattung bei der Anforderung einer Ehren-  
plakette zugrunde zu legen. Sind in dieser Zahl weniger als  
30 Tiere einer Rasse vorhanden, wird an sie eine Ehrenpla-  
kette nicht verliehen.

Bei Ausstellungen von Spitzentieren kann eine Sonderregelung  
vorgesehen werden. Entsprechende Vorschläge hierzu  
sind rechtzeitig vorzulegen. Auf dem Gebiete der Wirtschafts-  
geflügelzucht sind Hahnenversteigerungen Ausstellungen von  
Spitzentieren gleichzustellen.

Bei Tierarten, die vom Tierzuchtgesetz erfaßt sind, müssen  
die Leistungen des Tieres selbst oder seiner Mutter den An-  
forderungen, die für die Leistungsklasse I der jeweiligen Ver-  
ordnung über die Mindestleistung für die Körnung gestellt sind,  
entsprechen. Für Tiere ohne Abstammungs- und Leistungs-  
nachweis kommen Verleihungen von Ehrenplaketten nicht in  
Frage.

Für jede Ehrenplakette wird eine Besitzurkunde ausgefer-  
tigt, die Vorname, Name und Wohnort des Empfängers sowie  
die Leistung, wofür sie gegeben wurde, enthält, wenn sie an  
Einzelpersonen verliehen wird. Soweit sie an Betriebe, Vereine  
oder Verbände verliehen wird, hat sie den Namen dieser Be-  
triebe, Vereine oder Verbände zu enthalten.

Die Land- und Forstwirtschaftskammern haben die Anzahl  
der zu verleihenden Ehrenplaketten mindestens drei Wochen  
vor der jeweiligen Veranstaltung bzw. vor dem Verleihungs-  
anlaß unter Angabe des Verleihungszwecks bekanntzugeben.

Die Ausfertigung und Aushändigung der Besitzurkunde  
erfolgt jeweils nach der Verleihung.

Bei der Anwendung der Richtlinien für die Verleihung der  
Ehrenplakette ist noch folgendes zu beachten:

- a) Die Leistungen müssen eine Verleihung rechtfertigen.
- b) Für Wettbewerbe nach den Abschnitten 1. C, 2. B und C  
und 3. B der Richtlinien ist meine vorherige Zustimmung  
einzuholen.
- c) Fachrichtungen im Sinne des Abschnittes 2 der Richtlinien  
sind: Blumen- und Zierpflanzenbau, Gemüsebau, Obstbau,  
Baumschule, Binderei einschließlich Dekoration und Land-  
schaftsgärtnerei einschließlich Friedhofswesen.
- d) Die Anzahl der zur Verleihung kommenden Ehrenplaketen  
nach Abschnitt 4. der Richtlinien richtet sich nach der  
Zahl der tatsächlich zu der Veranstaltung aufgetriebenen  
Tiere und nicht nach der der Anmeldung. Sollten auf  
Grund der Anmeldung mehr Plaketten als notwendig ange-  
fordert worden sein, so sind sie nach der Veranstaltung  
zurückzusenden, wenn die geforderten Auftriebszahlen  
nicht erreicht wurden.

### III. STAATSMEDAILLEN IN SILBER UND BRONZE

Die Verleihung erfolgt in zwei Ausführungen (Silber und  
Bronze):

- a) für Bestleistungen bei kleinen Tierschauen und Tieraus-  
stellungen sowie für Gebrauchshundeschauen aus einem  
Bezirk, der mindestens einen Kreis umfaßt,

- b) bei Ausstellungen, auf denen Bienen oder Erzeugnisse der  
Imker ausgestellt werden, die mindestens das Gebiet von  
zwei Kreisen umfassen.

Die Medaille hat die Form eines abgerundeten Rechtecks,  
linksseitig durchbrochen, und zeigt auf der linken Seite die  
Beschriftung „Der Hessische Minister für Landwirtschaft und  
Forsten“ mit dem Hessischen Löwen. Das obere Drittel der  
rechten Seite trägt die Inschrift „Für besondere Leistungen“,  
der freie Teil ist für die Gravur vorgesehen.

Sie kann nur an Tierzüchter verliehen werden.

Eine Urkunde wird nicht ausgestellt, jedoch auf der Me-  
daille Anlaß der Verleihung mit Datum eingraviert.

Die Land- und Forstwirtschaftskammern haben die An-  
zahl der zu verleihenden Staatsmedaillen mindestens vier  
Wochen vor der jeweiligen Veranstaltung bzw. vor dem Ver-  
leihungsanlaß unter genauer Angabe der Veranstaltung be-  
kanntzugeben, damit der Anlaß der Verleihung mit Datum  
rechtzeitig eingraviert werden kann. Nach der Veranstaltung  
ist dem Ministerium Vorname, Name und Wohnort des Emp-  
fängers sowie die Leistung, wofür sie gegeben wurde, mitzu-  
teilen.

### IV. URKUNDE FÜR BESTLEISTUNGEN VON MOLKEREI- BETRIEBEN

Die Auszeichnung wird an Molkereibetriebe verliehen, und  
zwar an die Landesbesten für die einzelnen Erzeugnisse oder  
Erzeugnisgruppen.

Die Überwachungsstelle für Milch und Milcherzeugnisse bei  
der Hessischen Landesstelle für Ernährungswirtschaft führt  
monatlich eine Prüfung sämtlicher Erzeugnisse durch und  
ermittelt daraus jährlich die Landesbesten. Die Ergebnisse  
werden von der Hessischen Landesstelle dem Minister vorge-  
legt. Über die Auszeichnung erhalten die Molkereibetriebe  
eine Urkunde.

Wiesbaden, 17. 12. 1958

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten  
R 3 — Tgb.Nr. 1546/58

St.Anz. 2/1959 S. 22

37

### Teilflurbereinigungsverfahren Rothwesten-Eichenberg

#### Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 8 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG)  
vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591 ff.) wird folgender Beschluß  
zur Änderung des Flurbereinigungsbeschlusses der Teilflur-  
bereinigung Rothwesten-Eichenberg vom 15. 1. 1957 erlassen.

1. Für die Flurstücke Flur 2 Nr. 34/1, 35/1, 37, 92/1, 112, 115,  
174/116 halb, 175/116 halb und 176/116 halb Gemarkung Knick-  
hagen, Landkrs. Kassel, in einer Größe von 3.07.74 ha wird  
die Flurbereinigung angeordnet, die im vereinfachten Teil-  
flurbereinigungsverfahren Rothwesten-Eichenberg zur Durch-  
führung gelangt.

2. Die Beteiligten werden gem. § 14 FlurbG aufgefordert,  
Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber  
zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen,  
innerhalb einer Frist von 3 Monaten seit Bekanntgabe dieses  
Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Kulturamt  
in Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 45/47 anzumelden. Bei verspä-  
teter Anmeldung kann die Flurbereinigungsbehörde die bis-  
herigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der  
Fristablauf wird nicht dadurch gehemmt, daß in der Person  
eines solchen Rechtes, das aus dem Grundbuch nicht ersicht-  
lich ist, ein Wechsel eintritt.

3. Dieser Beschluß mit Begründung wird auf dem Bürger-  
meisteramt Knickhagen zwei Wochen lang zur Einsichtnahme  
durch die Beteiligten ausgelegt.

Gründe: Der „Osterbach“, der die Grenze des Flurberei-  
nigungsgebietes nach dem Beschluß vom 15. 1. 1957 bildete,  
ist zur Befestigung und Verhinderung weiterer Hochwasser-  
schäden nach einem Entwurf des Kreisbauamtes begradigt  
und verlegt worden.

Zur Beseitigung der Nachteile für die allgemeine Landes-  
kultur ist die Einbeziehung der im Beschluß angeführten  
Flurstücke in das Teilflurbereinigungsverfahren Rothwesten-  
Eichenberg erforderlich.

Kassel, 8. 12. 1958

Kulturamt  
St.Anz. 2/1959 S. 23

38

**Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Nauheim, Kreis Limburg****Zusammenlegungsbeschluss**

Auf Grund des § 93 Abs. 2 des Flurb.G. vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 ff. — wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Nauheim Krs. Limburg wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die gesamte Gemarkung ausschließlich der Flur 30 mit Ausnahme der Flurstücke Nr. 79—89, Flur 31 mit Ausnahme der Flurstücke Nr. 59—78, Flur 31 mit Ausnahme der Flurstücke Nr. 56—60, 124—208, 220—226 festgestellt. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von rd. 482 ha. Die Grenzen dieses Gebietes sind auf der Gebietskarte, welche einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer an dem beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen: Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Nauheim mit dem Sitz in Nauheim, Krs. Limburg. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Durchführung der Zusammenlegung gem. § 93 ff. des Flurb.G. vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 ff. — schließt die Durchführung eines späteren Flurbereinigungsverfahrens nicht aus.

5. Die Beteiligten werden gem. § 14 Flurb.G. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Limburg/L., Gymnasiumsplatz 2, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

6. Nach § 34 Flurb.G. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung die Zustimmung des Kulturamts erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Brunnen, Bauwerke, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 Flurb.G. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Nauheim, Neesbach, Niederbrechen, Mensfelden und Werschau öffentlich bekanntgegeben. Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten auf den Bürgermeisterämtern Nauheim, Neesbach, Niederbrechen, Mensfelden und Werschau 2 Wochen lang ausgelegt.

Limburg, 25. 11. 1958

Kulturamt  
W. F. 216 Z.  
St.Anz. 2/1959 S. 24

39

**Teilflurbereinigungsverfahren Laar, Krs. Wolfhagen****Flurbereinigungsbeschluss**

Auf Grund des § 86 des Flurbereinigungsgesetzes (Flurb.G.) vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzblatt I S. 591 ff.), wird folgender Beschluss erlassen:

1. Für Teile der Gemeinden Laar, Zierenberg und Escheberg, Kreis Wolfhagen, wird die Flurbereinigung angeordnet, die im vereinfachten Flurbereinigungsverfahren zur Durchführung gelangt.

2. Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke in einer Gesamtgröße von 44,8970 ha. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Ge-

bietskarte durch orange bzw. grüne Farbstreifen kenntlich gemacht. Die Anlagen 1 und 2 bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergesellschaft der Flurbereinigung Laar“ mit Sitz in Laar, Kreis Wolfhagen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden gem. § 14 Flurb.G. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb einer Frist von 3 Monaten seit Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Kulturamt in Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 45-47, anzumelden.

Bei verspäteter Anmeldung kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Fristablauf wird nicht dadurch gehemmt, daß in der Person eines solchen Rechtes, das aus dem Grundbuch nicht ersichtlich ist, ein Wechsel eintritt.

5. Dieser Beschluss mit Begründung und Gebietskarte wird auf den Bürgermeisterämtern Laar, Zierenberg und Escheberg zwei Wochen lang zur Einsichtnahme durch die Beteiligten ausgelegt.

**Gründe:** Gemäß § 86 Flurb.G. kann ein Flurbereinigungsverfahren in Teilen einer oder mehrerer Gemeinden durchgeführt werden, um die Durchführung eines Bodenreform- oder Siedlungsverfahrens zu erleichtern. Diese Voraussetzung ist für die Grundstücke, für die das Flurbereinigungsverfahren angeordnet wird, gegeben.

Bei den Grundstücken, die der Flurbereinigung unterliegen, handelt es sich zum größten Teil um den Besitz der Siedlungsgesellschaft „Hessische Heimat“ in Kassel, ferner um Besitz der Stadtgemeinde Zierenberg und der Gutsbesitzer von Starck und von der Mialsburg. Die Zuziehung dieser Grundstücke ist aus verfahrenstechnischen Gründen erforderlich.

Durch Anordnung der Teilflurbereinigung ist eine erleichterte Durchführung des Siedlungsvorhabens möglich.

Die in § 5 Flurb.G. bezeichneten Dienststellen sind gehört worden und haben der Durchführung des Verfahrens zugestimmt.

Kassel, 7. 11. 1958

Der Kulturamtsvorsteher  
St.Anz. 2/1959 S. 24

Anlage 1 zum Flurbereinigungsbeschluss vom 7. November 1958 (Kulturamt Kassel) Teilflurbereinigung Laar

**Flurbereinigungsgebiet**

Das Flurbereinigungsgebiet der Teilflurbereinigung Laar umfaßt folgende Grundstücke:

a) Gemarkung Laar Flur E Nr. 13/1 und 39/15

Flur F Nr. 15/1, 16/2, 17/3, 18/4, 19/5, 20/7, 8, 9, 13/10, 21/10, 11, 22/12

b) Gemarkung Zierenberg Flur 1 Nr. 10/1, 10/3, 14/3, 32/1

c) Gemarkung Escheberg Flur 10 Nr. 2/2

in einer Gesamtgröße von 44,8970 ha.

40

**Flurbereinigung Frankenhäusen, Krs. Darmstadt****Flurbereinigungsbeschluss**

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (Flurb.G.) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Frankenhäusen, Krs. Darmstadt, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung einschließlich der Ortslage und des Waldes festgestellt. Es hat eine Größe von 241,2730 ha, worin eine Waldfläche von 44,82 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Frankenhäusen“ mit dem Sitz in Frankenhäusen, Krs. Darmstadt. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.



4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 102, Block C, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Frankenhausen sowie in den Nachbargemeinden: Nieder-Beerbach, Ober-Beerbach, Neutsch, Nieder-Modau, Ober-Modau und Waschenbach, sämtlich Kreis Darmstadt, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern dieser Gemeinden 2 Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 10. 12. 1958

**Landeskulturamt**  
DF 273 — 45559/58  
St.Anz. 2/1959 S. 24

41

#### Flurbereinigung Allendorf, Krs. Wetzlar

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Allendorf, Krs. Wetzlar, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die Gemarkung einschließlich des Waldes und der Ortslage festgestellt. Es hat eine Größe von 778,7993 ha, worin eine Waldfläche von 404,1961 ha enthalten ist. Die Gebietskarte, auf der die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht sind, bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Allendorf, Krs. Wetzlar, mit dem Sitz in Allendorf.“ Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 des FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach der Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt Wetzlar, Philosophenweg 26, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen

und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Allendorf und in den Nachbargemeinden Ulm, Bissenberg, Biskirchen, Niedershausen, Obershausen und Rodenrod öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Allendorf, Ulm, Bissenberg, Biskirchen, Niedershausen, Obershausen und Rodenrod zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 11. 12. 1958

**Landeskulturamt**  
WF. 217 — 47543/58  
St.Anz. 2/1959 S. 25

42

#### Flurbereinigung Ulm, Krs. Wetzlar

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I, S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Ulm, Kreis Wetzlar, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die Gemarkung einschließlich des Gemeindefeldes und der Ortslage festgestellt. Es hat eine Größe von 437,4429 ha, worin eine Waldfläche von 196,0000 ha enthalten ist. Die Gebietskarte, auf der die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht sind, bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Ulm, Kreis Wetzlar, mit dem Sitz in Ulm.“ Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 des FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt Wetzlar, Philosophenweg 26, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für

Anderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufengehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Ulm und in den Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Ulm, Holzhausen, Greifenthal, Daubhausen, Stockhausen, Bissenberg und Allendorf zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 11. 12. 1958

**Landeskulturamt**  
WF. 218 - 47966/58  
St.Anz. 2/1959 S. 25

**43**

#### Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren, Lengfeld, Kreis Dieburg

Ergänzungsbeschuß zur Änderung des Beschlusses des Kulturamtes Darmstadt vom 14. 2. 1958 — Az.: DF 255 Z — betreffend Anordnung des Zusammenlegungsverfahrens in der Gemarkung Lengfeld, Kreis Dieburg.

Auf Grund des § 91 in Verbindung mit den §§ 86, 93 und 94 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird der Zusammenlegungsbeschuß vom 14. 2. 1958 wie folgt ergänzt:

1. Zum Zusammenlegungsverfahren Lengfeld werden Teile der Gemarkungen Lengfeld, Habitzheim, Nieder-Klingen, Groß-Umstadt und Wiebelsbach, Kreis Dieburg, nachträglich zugezogen und einzelne Teile der Gemarkungen Lengfeld und Wiebelsbach vom Verfahren ausgeschlossen.

Die nachträglich zugezogenen bzw. ausgeschlossenen Grundstücke sind aus dem Grundstücksverzeichnis der Anlage 1, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, ersichtlich.

2. Dieser Beschluß wird in den Gemeinden Habitzheim, Nieder-Klingen, Lengfeld, Groß-Umstadt und Wiebelsbach bekanntgemacht und bei den Bürgermeisterämtern 2 Wochen lang zur Einsichtnahme für die Beteiligten ausgelegt.

Frankfurt (Main), 21. 11. 1958

**Kulturamt Darmstadt**  
**Büro Frankfurt/M.**  
St.Anz. 2/1959 S. 26

Anlage 1 zum Ergänzungsbeschuß vom 21. 11. 1958

Betr.: Änderung des Verfahrensgebietes im Zusammenlegungsverfahren Lengfeld, Kreis Dieburg

I. Es werden nachträglich zugezogen die folgenden Grundstücke:

Flur	Flurstück-Nr.	Fläche - ha
Gemarkung Lengfeld		
1	702/19, 721, 761-763	1,5504
Gemarkung Habitzheim		
2	16/1-23, 61, 62/1, 76/1-83, 101/1 - 101/4, 114, 127, 129-131, 133-139	13,2137
3	30 — 35	0,4951
14	80 — 94/2	9,4776
15	34	1,7189
Gemarkung Nieder-Klingen		
4	157, 158, 166, 169-171	0,2628
5	23, 139, 157	0,5129
6	130-134, 150, 151	1,3406
Gemarkung Groß-Umstadt		
13	97-100, 142, 146-152	2,3525
17	6-39, 42, 52-58, 110-115	13,0049
Gemarkung Wiebelsbach		
6	233	0,0217
7	107, 110	0,2282
		zus.: 44,1793

III. Es werden nachträglich ausgeschlossen die folgenden Grundstücke:

Flur	Flurstück-Nr.	Fläche - ha
Gemarkung Lengfeld		
1	447, 515-535, 570-572, 585-600, 610-615, 619-623, 627-636	13,0554
2	69 — 77	1,6414
3	106, 191	1,5781
14	26 — 62, 96	6,5374
15	24 — 48, 115, 116	4,1703
Gemarkung Wiebelsbach		
6	11 — 19	1,8771
7	34 — 38, 57 — 69, 70 — 77, 78 — 101	16,6059
		zus. 45,4656

**44**

### Personalmeldungen

Es sind

#### B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei —

ernannt:

zum Oberregierungsrat (BaL) der Verwaltungsangestellte Kurt Dzierzon (5. 9. 58).

Wiesbaden, 30. 9. 1958

**Der Hessische Ministerpräsident**  
**Staatskanzlei**

III (1) Az.: 8a

St.Anz. 2/1959 S. 26

#### C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

##### b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum Assessor im allgemeinen Verwaltungsdienst (BaW) die Assessoren Gottlieb Brunner (1. 12. 1958); Michael Schambenger (1. 12. 1958);

zum Regierungsoberinspektor

die Regierungsinspektoren (BaL) Wilhelm Bernhard (25. 11. 1958), Karl Boos (25. 11. 1958), Hans Bott (25. 11. 1958), Paul

Burkhard (25. 11. 1958), Karl Hebermehl (25. 11. 1958), Werner Heimerl (25. 11. 1958), Jakob Hiemenz (25. 11. 1958), Ernst Karl Jockel (25. 11. 1958), Philipp Neeb (25. 11. 1958), Heinrich Plagge (25. 11. 1958), Rudolf Schneider (25. 11. 1958), Johann Sliwinski (25. 11. 1958), Karl-Heinz Stang (25. 11. 1958), Hugo Gilmer (4. 12. 1958), Peter Hartmann (4. 12. 1958), Willi Köbel (4. 12. 1958)

zum Regierungshauptsekretär

die Regierungsobersekretäre (BaL) Wilhelm Becker (3. 12. 1958), Franz Jörger (3. 12. 1958), Hans Presser (3. 12. 1958), Josef Schneider (3. 12. 1958), Georg Späth (3. 12. 1958), Hermann Tuppeck (3. 12. 1958);

zum Regierungsobersekretär

die Regierungssekretäre (BaL) Johannes Bomheuer (25. 11. 1958), Walter Schneider (25. 11. 1958), Ludwig Trautmann (25. 11. 1958);

zum ap. Regierungsekretär (BaW)

die Verw.-Angestellten Günter Bechtold (17. 11. 1958), Rudolf Schuchmann (17. 11. 1958);

zum Regierungsinspektor (BaL)

der Verwaltungsangestellte (Reg.-Insp. a. D.) August Kraft b. LA Offenbach (28. 11. 1958);

zum Regierungsinspektor (BaK)  
der Kreisangestellte Friedrich Kraft b. LA Gr.-Gerau  
(11. 10. 1958);

zum Regierungsobersekretär:  
der Regierungsekretär (BaL) Karl Schupp, b. LA Gießen  
(12. 12. 1958);

zum Regierungssekretär (BaK)  
der Verwaltungsangestellte Arnold Mörler b. LA Fried-  
berg (4. 11. 1958).

Darmstadt, 20. 12. 1958

**Der Regierungspräsident**  
P 2 — 7 1 02  
St.Anz. 2/1959 S. 26

**c) Regierungspräsident Kassel**

ernannt:

zu Regierungssekretären (BaW)  
die Büroangestellten Günter Tost (6. 11. 1958), Martin  
Vaupel (3. 11. 1958);

zum Assessor im allgemeinen Verwaltungsdienst (BaW)  
Assessor Dietrich Gantz (24. 11. 1958);

zum Regierungsinspektor  
Regierungssekretär Friedrich Born LA Korbach (5. 11. 1958);

zum Regierungsobersekretär  
die Regierungssekretäre Fritz Lätsch LA Hünfeld (12. 11.  
1958), Wilhelm Reitz LA Hofgeismar (20. 11. 1958);

zu Regierungssekretären  
Amtsgehilfe Christian Rohleder LA Frankenberg/Eder  
(1. 12. 1958),  
Verwaltungsangestellter Karl Wilke (BaW) LA Korbach  
(1. 12. 1958)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsrat Dr. Horst Fenge (28. 11. 1958)

in den Ruhestand versetzt

Regierungssekretär Martin Büst LA Fritzlar (1. 12. 1958),  
Amtsgehilfe Johann Kemler LA Rotenburg/Fulda (1. 12.  
1958).

Kassel, 18. 12. 1958

**Der Regierungspräsident**  
P/1 Az.: 7 o 16/03 B

bei der Landeskriminalpolizei

ernannt:

zum Kriminalobermeister  
der Kriminalmeister (BaL) Wilhelm Heier, Staatl. Kriminal-  
kommissariat Fulda (24. 11. 1958);

die Kriminalmeisterin (BaL) Ilse Müller Kriminalinspektion  
Kassel (21. 11. 1958);

zum Kriminalmeister  
Regierungsobersekretär Walter Uebelacker, Staatl. Krimi-  
nalkommissariat Fulda (27. 11. 1958).

Kassel, 18. 12. 1958

**Der Regierungspräsident**  
P/1 Az.: 7 o 16/03 B

bei der staatlichen Polizei

ernannt:

zu Polizeiobermeistern  
die Polizeimeister (BaL) Heinz Poness, Landrat —PK—  
Eschwege (6. 11. 1958), Wilhelm Laucht, Landrat —PK—  
Fulda (7. 11. 1958), Franz-Josef Lüpkes, Landrat —PK—  
Hersfeld (4. 11. 1958), Heinrich Wittmer, PVB Kassel (3. 11.  
1958);

zu Polizeimeistern  
die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Jakob Thiel, Landrat  
—PK— Hersfeld (4. 11. 1958), Heinrich Feisel, Landrat  
—PK— Melsungen (8. 11. 1958), Friedrich Klein, Landrat  
—PK— Waldeck (27. 11. 1958), Johannes Günther, Landrat  
—PK— Wolfhagen (25. 11. 1958); Karl Ortmann, PVB Kassel  
(25. 12. 1958);

in den Ruhestand versetzt:

der Regierungsekretär (BaL) Erich Stiemert, Landrat  
—PK— Melsungen (1. 11. 1958).

Kassel, 18. 12. 1958

**Der Regierungspräsident**  
P/1 Az.: 7 o 16/03 B  
St.Anz. 2/1959 S. 27

**d) Reg.-Präsident in Wiesbaden**

ernannt:

zum Polizeiobermeister

die Polizeimeister Bruno Barm (BaL) Pol.-Verkehrsbereit-  
schaft Wiesbaden (18. 11. 1958), Wilhelm Becker (BaL) Pol.-  
Kommissariat Usingen (24. 11. 1958), Alfons Bianga (BaL)  
Pol.-Kommissariat Gelnhausen (21. 11. 1958), Eugen Bode  
(BaL) Pol.-Kommissariat Ffm.-Höchst (21. 11. 1958), Alfred  
Bothe (BaL) Pol.-Verkehrsbereitschaft Wiesbaden (20. 11.  
1958), August Diederich (BaL) Pol.-Kommissariat Wetzlar  
(24. 11. 1958), Kurt Doering (BaL) Pol.Verkehrsbereitschaft  
Wiesbaden (20. 11. 1958), Friedrich Gath (BaL) Pol.-Kommis-  
sariat Usingen (24. 11. 1958), Horst Girnus (BaL) Pol.Ver-  
kehrsbereitschaft Wiesbaden (28. 11. 1958), Otto Gorr (BaL)  
Pol.-Verkehrsbereitschaft Wiesbaden (20. 11. 1958), Heinrich  
Heller (BaL) Pol.-Kommissariat Weilburg (1. 12. 1958), Otto  
Hepp (BaL) Pol.-Kommissariat Bad Homburg (24. 11. 1958),  
August Hoffmann (BaL) Pol.-Kommissariat Hanau (24. 11.  
1958), Herbert Jentsch (BaL) Pol.-Kommissariat Gelnhausen  
21. 11. 1958), Hans Junker (BaL) Einsatzleitung der Landes-  
polizei Wiesbaden (7. 11. 1958), Fritz Katthagen (BaL) Pol.-  
Kommissariat Dillenburg (21. 11. 1958), Willi Könenkamp  
(BaL) Pol.-Verkehrsbereitschaft Wiesbaden (18. 11. 1958),  
Karl Lüdtke (BaL) Pol.-Kommissariat Bad Schwalbach  
(25. 11. 1958), Heinrich Messerschmidt (BaL), Pol.-Kommis-  
sariat Bad Homburg (29. 11. 1958), Erich Sasse (BaL) Pol.-  
Kommissariat Ffm.-Höchst (21. 11. 1958), Heinrich Smets  
(BaL) Pol.-Verkehrsbereitschaft Wiesbaden (18. 11. 1958),  
Stanley Scharnweber (BaL) Pol.-Kommissariat Rüdeshelm  
(1. 12. 1958), Wilhelm Schmidt (BaL) Pol.-Verkehrsbereit-  
schaft Wiesbaden (18. 11. 1958), Otto Schmitt (BaL) Pol.-  
Kommissariat Limburg (22. 11. 1958), Hermann Strohmeyer  
(BaL) Pol.-Kommissariat Weilburg (1. 12. 1958), Georg  
Weinhold (BaL) Pol.-Verkehrsbereitschaft Wiesbaden (18.  
11. 1958), Heinz Wolff (BaL) Pol.-Verkehrsbereitschaft Wies-  
baden (28. 11. 1958), Ernst Wolter (BaL) Pol.-Kommissariat  
Schlüchtern (27. 11. 1958);

zum Polizeimeister

die Polizeihauptwachtmeister Heinz Berwein (BaL) Pol.-  
Kommissariat Bad Schwalbach (25. 11. 1958), Heinrich Bluhm  
(BaL) Pol.-Kommissariat Ffm.-Höchst (21. 11. 1958), Johann  
Colloseus (BaL) Pol.-Kommissariat Ffm.-Höchst (1. 12. 1958),  
Friedrich Dewald (BaL) Pol.-Kommissariat Gelnhausen  
(2. 12. 1958), Heinz Fehse (BaL) Pol.-Kommissariat Rüdesh-  
heim (1. 12. 1958), Rudolf Felber (BaL) Pol.-Kommissariat  
Schlüchtern (27. 11. 1958), Kurt Friedrich (BaL) Pol.-Kom-  
missariat Dillenburg (3. 12. 1958), Walter Gerlach (BaL) Pol.-  
Kommissariat Dillenburg (1. 12. 1958), Josef Gundert (BaL)  
Pol.-Kommissariat Rüdeshelm (1. 12. 1958), Wilhelm Heipel  
(BaL) Pol.-Kommissariat Biedenkopf (20. 11. 1958), Ernst  
Henrich (BaL) Pol.-Kommissariat Usingen (27. 11. 1958),  
Horst Hübner (BaL) Pol.-Verkehrsbereitschaft Wiesbaden  
(28. 11. 1958), Hans Hüllen (BaL) Pol.-Verkehrsbereitschaft  
Wiesbaden (28. 11. 1958), Heinrich Jahn (BaL) Pol.-Kommis-  
sariat Wetzlar (27. 11. 1958), Wilhelm Jockel (BaL) Pol.-  
Kommissariat Schlüchtern (27. 11. 1958), August Kochen-  
dörfer (BaL) Pol.-Kommissariat Bad Homburg (29. 11. 1958),  
Rudolf Kriegshammer (BaL) Pol.-Kommissariat Bad Hom-  
burg (24. 11. 1958), Karl-Heinz Kunze (BaL) Pol.-Kommis-  
sariat Biedenkopf (21. 11. 1958), Paul Matyschik (BaL) Pol.-  
Verkehrsbereitschaft Wiesbaden (28. 11. 1958), Heinz Müller  
(BaL) Pol.-Kommissariat Wetzlar (27. 11. 1958), Focke Rade-  
macher (BaL) Pol.-Kommissariat Bad Homburg (24. 11. 1958),  
Gustav Rower (BaL) Pol.-Kommissariat Gelnhausen (1. 12.  
1958), Otto Sonnabend (BaL) Pol.-Kommissariat Rüdeshelm  
(1. 12. 1958), Alfred Schäfer (BaL) Pol.-Kommissariat  
Schlüchtern (27. 11. 1958), Ludwig Schäfer (BaL) Pol.-Kom-  
missariat Bad Schwalbach (25. 11. 1958), Karl Schmidt (BaL)  
Pol.-Kommissariat Weilburg (25. 11. 1958), Erich Späth  
(BaL) Pol.-Kommissariat Dillenburg (21. 11. 1958), Konrad  
Strate Pol.-Kommissariat Usingen (27. 11. 1958), Wolfgang  
Waldhauser (BaL) Pol.-Kommissariat Bad Schwalbach (25. 11.  
58), Peter Walter (BaL) Pol.-Kommissariat Dillenburg (1. 12.  
1958), Wilhelm Weiter (BaL) Pol.-Verkehrsbereitschaft  
Wiesbaden (28. 11. 1958), Theo Zimmer (BaL) Pol.-Verkehrs-  
bereitschaft Wiesbaden (27. 11. 1958);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeihauptwachtmeister Franz Ziegler, Pol.-Kommissariat Limburg (4. 12. 1958), Herbert Wagner, Pol.-Kommissariat Bad Homburg (2. 12. 1958).

Wiesbaden, 8. 12. 1958

**Der Regierungspräsident**  
Dezernat I 3 Pol.  
St.Anz. 2/1959 S. 27

### E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz Ministerium

ernannt:

zum Regierungsamtmann (BaL):  
Regierungsoberinspektor Siegmund Fehr (9. 12. 1958).

Wiesbaden, 17. 12. 1958

**Der Hessische Minister der Justiz**  
2010 E 1 — Z.B. 931  
St.Anz. 2/1959 S. 28

45

## WIESBADEN

## Regierungspräsidenten

### Ungültigkeitserklärung einer Bescheinigung gem. § 10 Abs. 4 HHG.

Die Erstaussfertigung der Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes — Az.: I 4 58c — 12 — 21 Nr. 663 —, ausgestellt vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden am 15. 9. 1956, des Alfred Hartmann, geb. am 21. 6. 1923, wohnhaft in Frankfurt/M., Kruppstraße 105, wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 18. 12. 1958

**Der Regierungspräsident**  
I 4 — 58c 12-21/Nr. 663  
St.Anz. 2/1959 S. 28

46

### Änderungen zur Satzung des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände in Hessen

Die Satzung des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände in Hessen — St.Anz. 1955 S. 486 — ist mit Genehmigung des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten (Erlaß vom 25. 11. 1958 — Az.: Ve-62.1.2.-S.A.-4923/58 —) wie folgt geändert worden:

§ 6: Abs. 2 erhält folgenden neuen Wortlaut: „Der Vorsteher lädt die Mitglieder schriftlich zu der Versammlung ein, wobei die Tagesordnung sowie Ort und Zeit der Versammlung mitzuteilen sind. Diese Einladungen sind mindestens 2 Wochen vor dem Tag der Versammlung zur Post zu geben.“

§ 8: Zeile 1 erhält folgenden neuen Wortlaut: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und 8, 10 oder 12 Mitgliedern, je nach der Bestimmung der Versammlung.“

§ 18: Abs. 2 erhält folgenden neuen Wortlaut: „Das Ergebnis der Prüfung (Prüfbericht) ist dem Vorstand und der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.“

### G. im Bereich des Hess. Ministers für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

#### c. Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum Gewerbeoberinspektor  
Gewerbeinspektor Berthold Eifler Gewerbeaufsichtsamt  
Marburg/Lahn (3. 12. 1958);  
zum Regierungsoberinspektor  
Regierungsinspektor Hugo Müller, Gewerbeaufsichtsamt  
Kassel (12. 11. 1958);  
zum Regierungsgewerbeassessor (BaW)  
Gewerbeassessor Wilhelm Schäfer, Gewerbeaufsichtsamt  
Fulda (12. 11. 1958).

Kassel, 18. 12. 1958

**Der Regierungspräsident**  
P/1 Az.: 7 o 16/03 B  
St.Anz. 2/1959 S. 28

### Abs 3 lautet neu wie folgt: „Innerhalb eines halben Jahres nach Abschluß des Geschäftsjahres ist die Jahresrechnung, zusammen mit dem Bericht der Prüfstelle, der Verbandversammlung zur Beschlußfassung und zur Entlastung des Vorstandes vorzulegen.“

§ 20: erhält folgenden neuen Wortlaut: „Der Vorsteher sorgt alljährlich für die Eintragung der von den einzelnen Mitgliedern zu zahlenden Beiträge in das Beitragsbuch.“

Nach Beginn des Geschäftsjahres, spätestens im Juni, wird jedem Mitglied die Höhe seines Beitrages mitgeteilt und die Zahlung angefordert. Einsprüche gegen die Höhe des Beitrages sind innerhalb von 2 Wochen an den Vorsteher zu richten.

Mit der Anforderung wird der Jahresbeitrag zur sofortigen Zahlung fällig. Wenn nach Abschluß des Kalenderjahres die Zahlung noch aussteht, erfolgt schriftliche Mahnung, für die eine Mahngebühr zu zahlen ist. Für die 1. Mahnung ist 1,— Deutsche Mark, für jede weitere Mahnung sind 2,— Deutsche Mark zu entrichten. Nach Abschluß des Geschäftsjahres, d.h. nach dem 31. März des folgenden Kalenderjahres wird die Forderung des Landesverbandes unter Zurechnung der entstehenden Kosten von dem säumigen Verband beigetrieben.

§ 21 fällt fort.

§ 23 erhält folgenden neuen Wortlaut: „Alle Bekanntmachungen des Verbandes werden den Mitgliedern unmittelbar schriftlich zugesandt. Bekanntmachungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, sind im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen.“

Vorstehende Veröffentlichung erfolgt gemäß § 169 der Ersten Wasserverbandsverordnung v. 3. 9. 1937 (RGBl. I S. 933).

Wiesbaden, 20. 12. 1958

**Der Regierungspräsident**  
III 3 e Nr. 815/58  
als Aufsichtsbehörde  
St.Anz. 2/1959 S. 28

47

## Hessischer Verwaltungsschulverband

### Neue Lehrgänge am Verwaltungsseminar Darmstadt des Hessischen Verwaltungsschulverbandes und der Seminarabteilung Bensheim

I

Das Verwaltungsseminar Darmstadt des Hessischen Verwaltungsschulverbandes wird bei ausreichender Beteiligung folgende Lehrgänge einrichten:

#### A. Verwaltungsseminar Darmstadt:

1. Vorbildungslehrgang (für Dienstanfänger und Verwaltungslehrlinge)

Beginn: spätestens am 15. 3. 1959  
Unterricht: einmal wöchentlich 6 Stunden

2. Ausbildungslehrgang I (für Sekretärstellung)

Beginn: Mai 1959  
Unterricht: einmal wöchentlich 8 Stunden

3. Ausbildungslehrgang II (für Inspektorstellung)

Beginn: Mai 1959  
Unterricht: einmal wöchentlich 8 Stunden

#### B. Seminarabteilung Bensheim a.d.B.

1. Vorbildungslehrgang (für Dienstanfänger und Verwaltungslehrlinge)

Beginn: spätestens 15. 3. 1959  
Unterricht: einmal wöchentlich 6 Stunden

2. Ausbildungslehrgang I (für Sekretärstellung)

Beginn: Mai 1959  
Unterricht: einmal wöchentlich 8 Stunden

II

Für die Zulassung gelten die §§ 3—4 der Schulordnung für die Seminare des Hessischen Verwaltungsschulverbandes (St.Anz. 1957 Seite 606).

Anmeldungen erbeten an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Darmstadt, Stiftstraße 32.

Anmeldevordrucke sind dort erhältlich.

Darmstadt, 15. 12. 1958 **Hessischer Verwaltungsschulverband**  
Bezirksleitung Darmstadt

St.Anz. 2/1959 S. 28

# Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER  
FÜR DAS LAND HESSEN“

1959

Samstag, den 10. Januar 1959

Nr. 2

## Veröffentlichungen

64

### Verlegung eines Weges in der Gemeinde Rohrbach

Der in der Ortslage Rohrbach gelegene Fußpfad Flur 6 Parzelle 2747/99a soll einge-zogen und nach Parzelle 2745/98 und der Nachbarparzelle 2744/97 verlegt werden, da ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung des Fußpfades nicht mehr besteht.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Rechtsausschusses innerhalb von vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen. Der Plan über die Einziehung bzw. Verlegung des Weges liegt zu jedermanns Einsicht im Bürgermeisteramt in Rohrbach aus.

Rohrbach (Kreis Hersfeld), 2. 1. 1959

Der Bürgermeister als Wegeaufsichtsbehörde  
Hehr

65

Einleitung des Umlegungsverfahrens für das Gebiet zwischen Saarlandstraße, Heegweg, Bundesbahn Gießen — Frankfurt und Friedhofsweg im Stadtteil Klein-Linden; Teilabschnitt „Saarlandstraße I“.

Auf Grund des § 29 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. 10. 1948 — GVBl. Nr. 25 S. 139 ff. — wird folgendes be-kanntgegeben:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen hat am 11. Dezember 1958 be-schlossen, für das Gebiet zwischen Saarland-straße, Heegweg, Bundesbahn Gießen — Frankfurt und Friedhofsweg im Stadtteil Klein-Linden ein Umlegungsverfahren durchzuführen. Das Umlegungsgebiet ist in einem besonderen Plan ausgewiesen und hat die Bezeichnung „Umlegungsgebiet Saar-landstraße“.

Im Zuge dieser Umlegung wird das Um-legungsverfahren für den Teilabschnitt „Saarlandsstraße I“ mit den Grundstücken Gemarkung Klein-Linden Flur 1 Nr. 725/1 bis 743/1, 966/2, 967, 968, und 973 durch-geführt. Die Grenzen dieses Teilumlegungs-gebietes sind im Umlegungsplan mit grünen Linien umrandet.

Die Freilegungspflicht wird für alle Grundstücke des gesamten Umlegungsge-bietes einheitlich auf 13,5 % der eingewor-fenen Grundstücke festgesetzt. Soweit die vorbezeichneten Grundstücke zu einer kostenlosen und unentgeltlichen Land-abgabe zur Verbreiterung der Saarland-straße bereits herangezogen worden sind, werden sie von einer nochmaligen Frei-legungspflicht freigestellt.

Nach Bekanntmachung der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungsart eines Grundstückes im gesamten Umlegungs-gebiet nur mit Genehmigung der Um-legungsbehörde geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungs-

gemäßen bisherigen Wirtschaftsbetrieb ge-hören. Bauanlagen dürfen nur mit Geneh-migung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wiederhergestellt oder wesentlich verändert werden.

Der Umlegungsplan für das gesamte Um-legungsgebiet und für den Teilabschnitt „Saarlandstraße I“ wird auf dem Stadtbau-amt Gießen, Asterweg 9, Zimmer 6, zwei Wochen lang und zwar in der Zeit vom 19. bis 31. Januar 1959 während der allge-meinen Dienststunden zur Einsichtnahme für die Beteiligten offengelegt.

Beteiligte am Umlegungsverfahren sind:

1. die Eigentümer der in die Umlegung einbezogenen Grundstücke;
2. die Inhaber dinglicher Rechte an den einbezogenen Grundstücken;
3. die Mieter oder Pächter, denen einbe-zogene Grundstücke überlassen sind;
4. im Falle der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der betreibende Gläubiger.

Gießen, 18. 12. 1958

Der Magistrat der Stadt Gießen  
als Umlegungsbehörde

66

Baulandumlegung für das Gebiet am Lor-scherweg links hinter der Sportplatzanlage in Viernheim

Auf Grund des § 29 des Hessischen Auf-baugesetzes vom 25. Oktober 1948 — GVBl. S. 139 wird folgendes bekanntgegeben:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Viernheim hat unterm 18. 12. 1958 beschlossen, das Gelände am Lorscheerweg links hinter der Sportplatzanlage umzuliegen. Von der Umlegung wird das Grundstück Flur 17 Nr. 91/2, Acker, Am Kinschenweg rechts, erfaßt.

2. Das Umlegungsgebiet ist in dem Um-legungsplan durch einen grünen Farbstreifen begrenzt und führt den Namen: „Um-legungsgebiet Lorscheerweg links hinter der Sportplatzanlage“.

3. Die Freilegungspflicht wird einheitlich auf 20 % des eingeworfenen Geländes fest-gelegt. Der Verrechnungspreis für den Aus-gleich beträgt 5,— DM pro qm. Die Kosten sind von den beteiligten Grundstücksbesit-zern anteilmäßig zu tragen.

4. Wer nach Eintragung des Umlegungs-vermerks durch Rechtsgeschäft Beteiligter im Sinne des § 28 des Aufbaugesetzes wird, muß das bisherige Verfahren gegen sich gelten lassen. Eine Erhöhung der auf das Grundstück entfallenden Gesamtschädigung kann auf Grund solcher Rechtsgeschäfte nicht eintreten.

5. Nach Bekanntmachung der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungsart eines Grundstückes im Umlegungsver-fahren nur mit Genehmigung der Um-legungsbehörde geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungs-gemäßen bisherigen Wirtschaftsbetrieb ge-hören. Bauanlagen dürfen nur mit Geneh-migung der Umlegungsbehörde neu er-richtet, wiederhergestellt oder wesentlich verändert werden.

6. Diese Bekanntmachung und der Um-legungsplan werden im Stadtbauamt Viern-heim, Kettelerstraße 16, zwei Wochen lang nach Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen zur Einsichtnahme für die Beteiligten ausgelegt.

Viernheim, 29. 12. 1958

Der Magistrat der Stadt Viernheim  
Neff, Bürgermeister

## Gerichtsangelegenheiten

67

### Aufgebote

5 F 17/58: Die Büroangestellte Else Ma r x von Dillenburg, Johannstraße 19, hat das Aufgebotsverfahren gem. § 927 BGB, zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Haiger Band 27 Blatt 1065 eingetragenen Grundstücks Best.-Verz. lfd. Nr. 1: Flur 1 Flurstück 81, Ackerland am Allendorferweg, 7. Gew., 4,98 Ar, be-antragt.

Als Eigentümerin ist im Grundbuch die Witwe des Maschinisten Heinrich Marx, Henriette, geb. Reusch in Haiger eingetra-gen. Die eingetragene Eigentümerin wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 19. März 1959, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Dillenburg — Zimmer 19 — anberaumten Termin ihre Rechte geltend zu machen, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Dillenburg, 23. 12. 1958

Amtsgericht

68

F 3/58: Durch Urteil vom 17. Dezember 1958 ist der Eigentümer des im Grundbuch von Kirchbeng Blatt 371 eingetragenen Grundstücks Flur 5 Flurstück 193/44 = 11,15 Ar, eingetragener Eigentümer Arbeiter Johannes Berle III, Matthias' Sohn in Kirch-beng, mit seinen Rechten ausgeschlossen worden.

Fritzlar, 23. 12. 1958

Amtsgericht

69

F 7/58: Die Ehefrau Elisabeth Krug, geb. Betenhausen in Grifte hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Grifte Blatt 388 (früher Art. 79) verzeichneten Grundstücks Flur 4 Flur-stück 103, Gartenland, Der Heydstädter Berg = 38 qm, als dessen Eigentümer Johannes Kothe, Rothenditmolde eingetragen ist, ge-mäß § 927 BGB beantragt.

Der Eigentümer wird aufgefordert, späte-stens in dem auf den 18. März 1959, 12 1/2 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Zim-mer 9, anberaumten Termin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschlie-ßung erfolgen wird.

Fritzlar, 30. 12. 1958

Amtsgericht

70

3a F 33/58: Die Witwe Karoline Schäfer, geb. Schäfer in Weyhers — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Sause, Fulda — hat das



Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Gläubigers der im Grundbuch von Weyhers Band 9 Blatt 298 in Abt. III lfd. Nr. 4 für die Firma Arnold Stühler und Co. offene Handelsgesellschaft in Hammelburg, eingetragenen Sicherungshypothek zum Höchstbetrage von 2000,— Goldmark beantragt.

Der Inhaber des Rechts wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 3. März 1959, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Königstraße 38, II. Stockwerk, Zimmer 34, anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden, widrigenfalls er mit ihnen ausgeschlossen werden wird.

Fulda, 20. 12. 1958 Amtsgericht, Abt. 3

71

3 F 7/58 — 15. Dezember 1958: Frau Else Leonhardt, geb. Baumann in Rendel, hat das Aufgebot zur Kraftloserklärung des nachstehend näher bezeichneten Hypothekenbriefes beantragt: Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Eichen Band 30 Blatt 1064 in Abt. III Nr. 16 eingetragene Aufwertungshypothek über 1497,— GM.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, 15. April 1959, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 21 a, anberaumten Aufgebotsstermin, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls der Hypothekenbrief für kraftlos erklärt wird.

Amtsgericht, Hanau (Main)

72

3 F 9/58 — 15. Dez. 1958: Die Witwe Luise Jung, geb. Iffland in Hanau, Hindemithstraße 48, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Böhm in Hanau, hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Bruchköbel Band 11 Blatt 600 eingetragenen Grundstücks Gemarkung Bruchköbel Flur 10 Flurstück 270/33 Acker auf den Galgengärten = 6,00 Ar beantragt. Als Eigentümer ist ihm am 4. 10. 1916 verstorbener Vater, der Bahnwärter Georg Iffland in Bruchköbel eingetragen. Die Mit-eigentümer werden aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 4. März 1959, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 21 a, anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung ihrer Rechte erfolgt.

Amtsgericht, Hanau (Main)

73

F 5/58: Die Ehefrau Katharina Blumenauer, geb. Schmidt, Riebelsdorf 48, — vertreten durch Rechtsanwalt Mössinger, Neukirchen, Krs. Ziegenhain — hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes über das im Grundbuch von Riebelsdorf Band 13, Blatt 366, Abt. III, lfd. Nr. 26, für den Landwirt Hans Heinrich Riebeling, Gungelshausen, eingetragene Abtragsdarlehen von 5000,— RM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 28. Juli 1959, vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Neukirchen (Krs. Ziegenhain), 23. 12. 1958  
Amtsgericht

74

## Vereinsregister

### Neueintragung

VR 45: „Fußballsportverein 1918/48 Braunfels“ Sitz: Braunfels (Lahn). Eingetragen am 19. Dezember 1958. Die Satzung ist am 22. September 1958 errichtet.

Braunfels, 19. 12. 1958 Amtsgericht

75

### Neueintragung

VR 391 — 18. Dezember 1958 — Verein: Blau — Gold, Casino Darmstadt E. V. Sitz: Darmstadt.

Amtsgericht Darmstadt

76

VR 48 — 30. 12. 1958: Rinderbesamungsverein für den Kreis Lauterbach, Sitz: Lauterbach/Hessen. Der Verein ist aufgelöst.

Amtsgericht Lauterbach (Hessen)

77

## Vergleiche — Konkurse

81 N 152/54: In dem Konkursverfahren des Kaufmanns Ernst August Arnold in Frankfurt (Main), Pfeiferstraße 9, Az.: Amtsg. Ffm. 81 N 152/54 soll die Schlußverteilung erfolgen. Geldmittel stehen zur Verteilung nicht zur Verfügung, da die Masse durch die entstandenen Kosten und Gebühren aufgebraucht ist. Die Schlußrechnung ist zur Einsichtnahme auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Ffm., Abtlg. 81, Neubau I, Stock ausgelegt, ebenfalls die Schlußrechnung.

Frankfurt (Main), 3. 1. 1959

Der Konkursverwalter  
RA Dr. Wendel

78

### Beschluß

81 N 261/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Inwog-Treuhandgesellschaft für Aufbau und Verwaltung mbH., Aufbau bzw. Wiederaufbau von Grundstücken, Errichtung von Siedlungen sowie die Verwaltung derselben, Frankfurt (Main) Münchener Str. 54, wird eine Gläubigerversammlung zur Entgegennahme eines Sachstandsberichtes des Konkursverwalters und Ergänzungswahl des Gläubigeraus-schusses auf den 30. Januar 1959, 11.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, 3. Stockwerk, Zimmer 337, einberufen.

Frankfurt (Main), 20. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

79

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hans Rybka in Frankfurt (Main) (früher Inhaber des Café-Restaurants 2 x schwarzer Kater, Frankfurt (Main), Berliner Straße 6) soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der verfügbare Massebestand beträgt DM 988,21. Davon gehen ab: das restliche Honorar des Konkursverwalters sowie die noch anfallenden restlichen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind: DM 11 410,37 bevorrechtigte und DM 15 841,05 nichtbevorrechtigte Forderungen.

Es kommt nur noch eine Restauschüttung für die Vornechtsgläubiger der Klasse I/I in Frage, alle anderen Forderungen bleiben ohne Quote.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, Abt. 81 auf.

Frankfurt (Main), 2. 1. 1959

Der Konkursverwalter  
Böhler, Rechtsbeistand

80

N 2/53: In dem beim Amtsgericht Lauterbach unter N 2/53 anhängigen Konkursverfahren über das Vermögen der Firma E. M. Scobel, Textilfabrikation in Angersbach, Krs. Lauterbach/H., soll die Schlußverteilung stattfinden. Der verfügbare Massebestand beträgt 7288,24 DM, zu berücksichtigende Forderungen laut Schlußverzeichnis betragen sich auf insgesamt 45 485,15 DM. Das Schlußverzeichnis kann auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Lauterbach/H. eingesehen werden.

Lauterbach, 3. 1. 1959

Der Konkursverwalter  
Dr. Ortman

81

7 N 70/57: Das am 10. 9. 1957 über das Vermögen des Einzelkaufmanns Hans Müller in Offenbach (Main), Bettinatr. 89, eröffnete Konkursverfahren wird mangels einer dem Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt.

Offenbach (Main), 5. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

82

### Beschluß

1 VN 1/58: Gegen die Firma L. u. W. Wick in Hundstadt (Ts.), eingetragen im Handelsregister HR A 104, die durch den persönlich haftenden Gesellschafter Wilfried Wick in Hundstadt (Ts.), Hauptstraße 20 a, die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt hat, wird heute um 16.15 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Über die Vermögensgegenstände darf die Schuldnein nur mit Zustimmung des vorläufigen Vergleichsverwalters verfügen, Verbindlichkeiten darf sie nur mit seiner Zustimmung eingehen.

Usingen (Taunus), 23. 12. 1958 Amtsgericht

83

62 N 42/57: Das Konkursverfahren betr. die Firma Viktor von Struve, Filmproduktion GmbH & Co., KG in Liquidation, Wiesbaden, Rauenthaler Straße 5, wird mangels Masse eingestellt.

Wiesbaden, 19. 12. 1958

Amtsgericht

84

### Beschluß

3 N 3/55: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Fuhrunternehmers Fritz Kühn und dessen Ehefrau Sophie geb. Helms in Fürstentagen, Krs. Witzhausen, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf den 21. Januar 1959, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Walburger Str. 38, Sitzungssaal, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 150,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 12,64 DM festgesetzt.

Witzenhausen, 22. 12. 1958 **Amtsgericht**

85

2 VN 2/58 — **Vergleichsverfahren:** Über das Vermögen des Textilingenieurs Hans Zedlitz, Alleininhaber der Firma Ferdinand Zedlitz, Schafwollspinnerei in Arolsen ist am 31. Dezember 1958, 12 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter: Herr Hans Franke, Helfer in Stouersachen, in Helsen. Vergleichstermin: am 20. Januar 1959, 9,30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Arolsen, Rauchstr. 7, 1. Stockwerk, Zimmer 23.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen — und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen — sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Arolsen, 31. 12. 1958 **Amtsgericht**

### Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

86

K 5/58: Das im Grundbuch von Leusel Band 5 Blatt 365 eingetragene Grundstück: Nr. 1, Gemarkung Leusel, Flur X, Flurstück 75, Ackerland unter dem Hungenrain, 27,61 Ar,

soll am 4. März 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 5, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 29. Sept. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Konrad Schäfer der Zweite in Angenrod zu  $\frac{1}{2}$ , Maria Weicker, dessen Verlobte (jetzt dessen Ehefrau), zu Angenrod zu  $\frac{1}{2}$ . Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 680,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Alsfeld, 31. 12. 1958 **Amtsgericht**

87

### Beschluß

2 K 7/58: Das im Grundbuch von Vasbeck Band 7, Blatt 187, eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1 Gemarkung Vasbeck Flur 2 Flurstück 10/6 Lieg.-B. 155 Geb.-B. 112, Hof- und Gebäudefläche, Die Walme, Haus Nr. 103, 11,12 Ar,

soll am 2. April 1959, 9,30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 13. 6. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Ehefrau Eva Schäfer geb. Richter, b) Kraftwagenführer Willi Becker, beide wohnhaft in Vasbeck, je zur ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 000,— Deutsche Mark. Gegen diese Festsetzung können die Beteiligten innerhalb einer Frist von 2 Wochen seit Zustellung dieses Beschlusses sofortige Beschwerde einlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Arolsen, 30. 12. 1958 **Amtsgericht**

88

### Beschluß

K 12/58: Das im Grundbuch von Groß-Zimmern Band 57 Blatt 2674 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1 Gemarkung Groß-Zimmern Flur 15 Flurstück 147 Hof- und Gebäudefläche, Gehrenweg 10, 3,55 Ar,

soll am 6. April 1959, 9,30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Saal 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 18. September 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Heinrich Wilhelm Ohl, Groß-Zimmern.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 14 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Dieburg, 3. 1. 1959 **Amtsgericht**

89

### Beschluß

8 K 30/57: Das im Grundbuch von Dillbrecht Band 4 Blatt 139A eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 3247/8 Hof- und Gebäudefläche Nebenstraße 78, 6,94 Ar soll am 13. März 1959, 10 Uhr im Gerichtsgebäude Untertor 8, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. Januar 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Rentner Adolf Zadernack in Dillbrecht als Miteigentümer zur ideellen Hälfte, b) Rentner Christian Heinrich Fritz Adolf Zadernack in Dillbrecht, c) Ida Elisabeth Liebig geb. Zadernack, daselbst, zu b und c in ungeteilter Erbengemeinschaft hinsichtlich der ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstückes ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt und beträgt 12 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

90

### II. Beschluß

4 K 11/58: Das im Grundbuch von Großen-Linden Band 35 Blatt 1956 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1 Gemarkung Großen-Linden Flur 4 Flurstück 5 5/10 Lieg.-B. 1116, Ackerland in den Planken 9,12 Ar, Grünland, daselbst 12,92 Ar,

soll am 14. 4. 1959, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Cutfleischstraße 1, Zimmer 101 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 11. April 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Friedrich Alldörfer in Lützellinden.

Der Wert des Grundstückes wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1750,— Deutsche Mark (in Worten: Eintausend-siebenhundertundfünfzig Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 12. 12. 1958 **Amtsgericht**

91

3 K 20/58: Die im Grundbuch von Dorchheim Band 1 Blatt 9 eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 9 Dorchheim Flur 3 Flurstück 87 Gartenland im Oberdorf, 0,67 Ar;

lfd. Nr. 10 Dorchheim Flur 3 Flurstück 113 Hof- und Gebäudefläche, Mainzer Landstraße 15, 11,54 Ar;

lfd. Nr. 18 Dorchheim Flur 14 Flurstück 99, Grünland in der unteren Holzweide, 39,58 Ar;

lfd. Nr. 20 Dorchheim Flur 3 Flurst. 114/1 Hof- und Gebäudefläche Mainzer Landstraße 10,58 Ar;

lfd. Nr. 21 Dorchheim Flur 3 Flurst. 112/1 Hofraum, daselbst 15, 9,29 Ar, Gartenland, daselbst, 20,42 Ar.

lfd. Nr. 22 Dorchheim Flur 16 Flurst. 131/1 Gmünd im Weiergarten 40,41 Ar;

lfd. Nr. 23 Dorchheim Flur 16 Flurstück 131/2, Grünland, daselbst, 2,24 Ar;

sollen am 25. März 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 4. 11. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): die Eigentumserben des verstorbenen Adolf Oppermann und die Witwe desselben Johannette, geb. Scheidt in Dorchheim nach Nassauischem Leibzuchtsrecht.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für lfd. Nr. 9 auf 30,— DM, für lfd. Nr. 10 auf 30 000,— DM, für lfd. Nr. 18 auf 3000,— DM, für lfd. Nr. 20 auf 20 000,— DM, für lfd. Nr. 21 auf 800,— DM, für lfd. Nr. 22 und 23 auf 3000,— DM.

Zur Abgabe eines Gebotes für die Grundstücke lfd. Nr. 10, 18, 20, 22, 23 bedarf es einer Bietgenehmigung gemäß dem Kontrollratsgesetz 45.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Hadamar, 23. 12. 1958 **Amtsgericht**

92

51 (18) K 1/57: Am 4. März 1959, 9,30 Uhr, sollen beim Amtsgericht Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung die im Grundbuch von Oberwehren Band 1 Blatt 15 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Oberwehren, lfd. Nr. 7: Flur 3, Flurstück 38, Hof- und Gebäudefläche, Bornwiesenstraße 11, Größe: 11,93 Ar; lfd. Nr. 8: Flur 3, Flurstück 39, Gartenland und Hofraum, Bornwiesenstraße 11, Gebäudefläche, Bornwiesenstr. 11,

Größe: 11,93 Ar; lfd. Nr. 9; Flur 3, Flurstück 37, Hof- und Gebäudefläche und Gartenland, Bomwiesenstraße 11, Größe: 23,86 Ar; lfd. Nr. 11; Flur 3, Flurstück 101/40, Gartenland, in den Bitzen und Gebäudefläche, Bomwiesenstraße 11, Größe: 10,24 Ar, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Januar 1957, dem Tage der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks: Zimmerer Johann Heinrich, genannt Heinz Dolle in Kassel-Oberzwehren.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 16. 12. 1958

Amtsgericht

93

7 K 8/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Offenbach a. M. Band 71 Blatt 1873 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1 Gemarkung Offenbach/M. Flur 9 Nr. 37 L. B. 805, Ackerland, Buchrain, 12,56 Ar, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (25. 4. 1958) auf die Namen der Erbengemeinschaft Dedecke — Kessel — Lauf — Hornblöser — Eisenhauer — Dürr — Müller — Marx — Krachenfels — Bartmann — Siller — eingetragen, durch das unzeichnete Gericht, Kaiserstr. 16, 1. Stock, Zim. 34, am Mittwoch, dem 25. Februar 1959, 8.30 Uhr, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG. festgesetzt auf DM 2512,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach (Main), 29. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

94

### Beschluß

1 K 19/57: Das im Grundbuch von Eschbach/Ts., Band 29, Blatt 1061, eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1 Flur 64 Flurstück 5/1 Hof- und Gebäudefläche Neue Baulinie, 6,49 Ar, soll am 10. März 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weillunger Straße 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 6. Dez. 1957: Tischler Erwin Törner, Eschbach/Ts. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt. Es ist zweckmäßig, zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären. Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

Usingen (Taunus), 30. 12. 1958 Amtsgericht

95

### Güterrechtsregister

73 GR 8401 A: Kaufmann Hans Walden und Gerda, geb. Rein, Frankfurt (Main). Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8402 A: Metzger Karl Ernst Heinrich Dölle und Anna Elisabeth, geb. Lander, Hofheim (Taunus).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8403 A: Kaufmann Wilhelm Georg Frank und Sofie Margarete, geb. Goll, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8404 A: Kaufmann Simon Preisler und Etelka, geb. Feig, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8405 A: Städt. Angestellter Hans Paul Herrmann Wiegel und Ruth, geb. Isensee, Stenotypistin, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8406 A: Bauingenieur Theodor Paul Siegner und Ilse Frieda, geb. Wilhelm, Krieffel (Taunus).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8407 A: Chemiker Dr. Hans Oberbeck und Ingeborg, geb. Tisch, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8408 A: Arzt Dr. med. Adolf Heinrich Hehmann und Martha Maria Theresia, geb. Diehl, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8409 A: Diplomkaufmann Dr. Fritz Hess und Anneliese, geb. Tröger, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8410 A: Kaufmann Erich Göbel und Maria, geb. Babel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8411 A: Ingenieur Arthur Hermann Henze und Ursula, geb. Goedicke, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8412 A: Diplomkaufmann Hellmut Schlenzog und Anna Helene, geb. Bickel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8413 A: Kaufmann Rudolf Hinner, Frankfurt (Main) und Gerda, geb. Syaton, Bensheim.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8414 A: Taxiunternehmer Walter Schmidt und Hildegard, geb. Eisenmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8415 A: Bäckermeister Wilhelm Maaß und Irmgard, geb. Weber, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8416 A: Ingenieur Georg Emmereich und Carola, geb. Alles, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8417 A: Kaufmann Eduard S. Stein und Hanna L. Stein, geb. Lehmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8418 A: Gastwirt Gottfried Köster und Hildegard, geb. Schmitt, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8419 A: Kaufmann Karl Wilhelm Rietheimer und Maria, geb. Rey, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8421 A: Kaufmann Emil Schnurr und Marlene, geb. Welfens, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8422 A: Kaufmann Matthäus Mahler und Helene, geb. Krautkrämer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8423 A: Wirtschaftsredakteur Dr. Karl Lanz und Gerda, geb. Schulz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8424 A: Versicherungsvertreter Philipp Knieling und Ingeborg, geb. Rodé, Buchhalterin, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8425 A: Bauingenieur Viktor Alfred Bonet und Marie Antonie, gen. Antoinette, geb. Hartmann, Frankfurt (M.).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8426 A: Kaufmann Heribert Merzelsberg und Ilse, geb. Brinkmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8427 A: Kaufmann Georg Pfaller jun. und Irmgard, geb. Krieger, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8428 A: Angestellter Adolf Würfel, Frankfurt (Main) und Hildegard, geb. Heinrich, Fürth (Bayern).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8429 A: Kapellenleiter Otto Bohnenkamp und Erna, geb. Lenhard, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8430 A: Geschäftsführer Otto Prange und Hilde, geb. Fritzges, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8431 A: Kaufmann Albert Wachs und Hildegard, geb. Büller, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8432 A: Kaufm. Angestellter Gottfried Mayenschein und Gerda, geb. Kuhn, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8433 A: Schreinermeister Alfred Friedrich und Katharine, geb. Elsässer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8434 A: Volkswirt Werner Blaum und Margarete, geb. Schambach, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8435 A: Diplomkaufmann Karman Dateschidze und Hanna Helene, geb. Mitschke, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8436 A: Finanzmakler Eduard Franz Schlereth und Margarete, geb. Rosenberger, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8437 A: Chemiker Dr. Ernst Moritz Alois Heinrich und Julie, geb. Zwirner, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8438 A: Helfer in Steuersachen Werner Hennig und Erna, geb. Hohler, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8439 A: Diplomkaufmann Rochus Grzimek und Jutta, geb. Bürdek, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8440 A: Kaufmann Walter Hanemann und Maria, geb. Berz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8441 A: Zahnarzt Dr. Hans Spierling und Auguste, geb. Kestler, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8442 A: Diplomingenieur Hans Karl Waldemar Kühn und Margot Friederike, geb. Hinkel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8444 A: Auslandskorrespondent Alexander Baron Dées de Sterio und Johanna, geb. Fleischer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8445 A: Kaufmann Karl-Ernst Burg und Johanna, geb. Diehl, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8446 A: Chemiker Dr. Ludwig Schmitzspahn und Kunigunde Lore, geb. Lang, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8447 A: Gastwirt Peter Emil Scharp und Irma, geb. Imm, Bad Soden (Taunus).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8448 A: Bauunternehmer Kurt Bouveret und Dr. med. Dorothea, geb. Jackisch, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8450 A: Diplomkaufmann Botho Altmann, Frankfurt (Main) und Hildegard, geb. Krzewitz, Leipzig

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8420 A: Kaufmann Ernst Krämer und Gertrude Marie, geb. Dechert, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 24. November 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8443 A: Kaufmann Karl Adolf Sternberg und Ursula Anna Margarete, geb. Angermeyer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. September 1947 ist die Verwaltung und Nutznießung des Mannes an dem Vermögen der Frau ausgeschlossen.

73 GR 8449 A: Rentner Wilhelm Rubbel und Barbara, geb. Sieben, Frankfurt (M.).

Durch Ehevertrag vom 23. Oktober 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Frankfurt (Main), 19. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 73

96

73 GR 8453 A: Kaufmann Konrad Michel und Nellie, geb. Osterrieth, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8454 A: Kaufmann Helmut Bethge und Maria, geb. Geis, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8455 A: Kaufm. Direktor Walter Lange und Hilda, geb. Gilbert, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8456 A: Kaufmann Paul Josef Herold und Maria Georgine, geb. Wehr, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8457 A: Kaufmann Karl Heinz Gabler und Lore, geb. Kaminsky, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 14. Mai 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8458 A: Kaufmann Alfred Deutsch und Maria, geb. Martin, Frankfurt (Main).  
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8459 A: Lehrer a. D. Hugo Müller und Margarethe, geb. Hagelauer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 19. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8460 A: Bildberichter Hans-Heinz Fuchs und Erdmute, geb. Zingler, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8461 A: Zahnarzt Herbert Bratkus und Johanna, geb. Schlockermann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8462 A: Dipl. Landwirt Dr. Heinrich Sternberg und Ada, geb. Korte, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8463 A: Handelsvertreter Rudolf Erich Hartig und Käthe, geb. Dornburg, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8464 A: Steuerberater Dr. Herbert Haag und Gerlinde, geb. Trechler, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8465 A: Gastwirt Ernst Josef Hönig und Hilde, geb. Jahnel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8466 A: Schausteller Willi Hill und Luise, geb. Hess, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8467 A: Sparkassenangestellter Josef Arndt und Dorothea, geb. Viola, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8468 A: Kaufmann Josef Wagner und Anna, geb. Noll, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8469 A: Kaufmann Friedrich Gräser und Gertrud, geb. Baum, Hofheim (Taunus).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8470 A: Bäcker Willi Meier und Waltraud, geb. Künne, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8471 A: Ingenieur Johannes Brauer und Gabriele, geb. Kistler, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8472 A: Hotelier Eugen Kugehl und Sieglinde, geb. Gerber, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8473 A: Versicherungskaufmann Ludwig Barth und Auguste, geb. Holzschuh, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8474 A: Kaufmann Erich Leopold Fuchs und Barbara Mathilde, geb. Scheid, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8475 A: Metzgermeister Anton Puth und Marie, geb. Brunet, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8476 A: Gärtnermeister Richard Pflüger, Frankfurt (Main) und Elisabeth, geb. Reichbacher, Coburg.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8477 A: Dipl.-Ing., Dozent, Baurat Stefan Ziegelhofer, Frankfurt (Main) und Josefine, geb. Rapf, Wien.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8478 A: Städt. Angestellter Robert Schiller und Elisabeth, geb. Brenkolt, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8479 A: Kaufmann Wilhelm Schubert und Dorothea, geb. Selonke, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8480 A: Rauchwarenhändler Werner Leinritz und Rosemarie, geb. Beyschlag, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8481 A: Dr. rer. pol. Adolf Schneider und Herta, geb. Schwöbel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8482 A: Kaufm. Angestellter Heinrich Hermann Paul Gutberlet und Ruth Lieselotte Elfriede, geb. Dold, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8483 A: Kaufmann Karl Dittmer und Helene, geb. Wittig, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8484 A: Reisender Heinrich Krug und Elisabeth, geb. Herbert, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8485 A: Kaufmann Rudolf vom Ende und Katharina, geb. Erlenbach, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8486 A: Rechtsanwalt und Notar Dr. Franz Kockler und Vera, geb. Sell, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8487 A: Kaufmann Wilhelm Johannes Hamburger und Irmgard, geb. Schaarschmidt, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8488 A: Kaufmann Johann Deutsch und Emma Margarete, geb. Müller, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8489 A: Kaufmann Fritz Glagla und Else Maria, geb. Huber, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8490 A: Rentner Hermann Gassen und Katharina, geb. Schütz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.



73 GR 8491 A: Rechtsanwalt Dr. Georg Kornell und Therese, geb. Federle, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8492 A: Hilfsarbeiter Rudolf Reis und Lydia, geb. Horstmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8493 A: Kaufmann Arthur Mattick und Elisabeth, geb. Kehling, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8494 A: Diplomkaufmann Peter Adolf Kegelman und Marie, geb. Rosenkranz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8441 A: Diplomingenieur Hansmann und Anni, geb. Petersen, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8496 A: Universitäts-Professor Dr. Eduard Günst und Helga, geb. Hisgen, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8497 A: Kaufmann Adolf Steidinger und Elsbeth, geb. Manne, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8498 A: Ingenieur Hans Harsch und Marie, geb. Weber, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8499 A: Abteilungsleiter Dr. Günter Hünecke und Karla, geb. Dornseiff, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8500 A: Kaufmann Franz Stahl und Lotte, geb. Reinhardt, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 30. Oktober 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8451 A: Kaufmann Karl Georg Wähle und Betty Mathilde, geb. Heinrich, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 24. November 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Frankfurt (Main) Abt. 73

97

73 GR 8501 A: Handelsvertreter Ferdinand Franz Gerich, Frankfurt (Main), und Gertrud Johanna, geb. Biedermann, Mühlheim (Ruhr).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8502 A: Kraftfahrzeugmeister Friedrich Geyer und Klara, geb. Löffert, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8503 A: Kaufmann Tillo Faulhaber und Ruth, geb. Rauschenbusch, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8504 A: Kaufm. Angestellter Georg Stejskal und Anneliese, geb. Fahrenholtz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8505 A: Kaufmann Oskar Kemmrich und Sonnia, geb. Gehringer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8506 A: Privatier Rudolf Naporra und Dr. med. Herta, geb. Hughes, Bad Soden (Taunus).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8507 A: Immobilienmakler Willy Wagenbach und Rosemarie, geb. Reinkober, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8508 A: Oberregierungsbaurat Ulrich Liebsch und Johanna, geb. Juretzka, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8509 A: Schlossermeister Johann gen. Hans Hochrein und Hildegard, geb. Sauer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8510 A: Civilingenieur Karl Marzell und Elfriede, geb. Bendisch, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8511 A: Kaufm. Angestellter Heinrich Düllberg und Charlotte, geb. Römer, Auslandskorrespondentin, Frankfurt (M.).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8512 A: Kaufmann Willi Koch und Margarete, geb. Walther, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

berechtigungs-gesetzes vom 18. Juni 1957

73 GR 8513 A: Fabrikant Hellmuth Klein und Gisela, geb. Mahnkopf, Frankfurt (M.).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8514 A: Kraftfahrzeugmeister Adam Westenberger und Helene, geb. Simon, Kelsterbach (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8515 A: Kaufmann Rolf Fehling, Frankfurt (Main) und Charlotte, geb. Burck, Bad Vilbel.

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8516 A: Oberingenieur Heinrich Hans Martin Wähmann und Ursula, geb. Schmidt, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8517 A: Kaufm. Angestellter Karl Holzhauer und Anneliese, geb. Kayser, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8518 A: Kaufmann Peter Krug und Gertrud, geb. Eysenbach, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8519 A: Schriftsteller Hellmut Ludwig und Edith, geb. Stang, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8520 A: Kaufmann Karl Kurr und Lieselotte, geb. Altpeter, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8521 A: Handelsvertreter Max Heinrich Julius Hasselbach und Katharina, geb. Stemple, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8522 A: Geschäftsführer Bautechniker Herbert Heimer und Hildegard, geb. Fritz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8523 A: Kaufmann Josef Schindling und Franziska, geb. Rödel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8524 A: Verwaltungsangestellter Rudolf Brieger und Margarethe, geb. Kotzur, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8525 A: Kaufmann Karl Zimmer und Erika, geb. Viemeier, Frankfurt (M.).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8526 A: Regierungsbaumeister a. D. Philipp Schott und Adda, geb. Schnitzer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8527 A: Bundesangestellter August Kampa und Margarethe, geb. Malik, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8528 A: Kaufmann Heinrich Simon und Anna Margarethe, geb. Eisenmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8530 A: Bäckermeister Georg Becker und Elisabeth, geb. Stunz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8531 A: Bundesbahnspektor Erwin Domke, Frankfurt (Main) und Elsa, geb. Korschelt, Berlin.

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8532 A: Chemiker Walther Scheinberger und Irmgard, geb. Brunner, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8533 A: Journalist Friedrich Karl Fay und Luise Margarethe Charlotte, geb. Deinert, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8534 A: Kaufmann Friedrich Preuninger und Johanna, geb. Platt, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8535 A: Kaufmann Kurt Wüsteneu und Ilse, geb. Smith, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8536 A: Handelsvertreter Erich Altenburg und Anneliese, geb. Hach, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8537 A: Industriekaufmann Dr. Hans Otto Frankfurt (Main) und Ruth, geb. Schiess, Heidelberg.

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8538 A: Techn. Angestellter Helmut Pfitzmann und Adelgunde, geb. Geiger, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8539 A: Ingenieur Kuno Max Schiele und Anneliese, geb. Lieber, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8540 A: Kaufmann Friedrich Wilhelm Krebs und Edith, geb. Smolny, Bankangestellte, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8541 A: Kaufmann Georg König und Liselotte, geb. Reul, Bad Soden (Ts.).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8542 A: Kaufmann Philipp Bechel und Paula, geb. Horlacher, Bad Soden (Tausen).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8543 A: Architekt Maximilian List und Charlotte, geb. Petereit, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8545 A: Lektor Hermann Friedrich Paul und Gisela, geb. Windolph, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8547 A: Geschäftsführer Dr. Wilhelm Luley und Waltraut Margarethe, geb. Sattler, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8548 A: Kaufmann Gerschon Korman und Feige (Zipora) geb. Teichthal, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8549 A: Postoberwart Alois Bönsch, Frankfurt (Main) und Emma, geb. Linkner -Demuth Herbertshofen, Krs. Wertingen.

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8550 A: Kaufmann Heinrich Wilhelm Wetzell und Irmgard, geb. Bantelmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8544 A: Kaufmann Herbert Hermann Alfred Thierschmann und Anna Mathilde, geb. Lauber, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. November 1948 ist die Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Frauenvermögen ausgeschlossen.

73 GR 8546 A: Kaufmann Klaus Albert Frisch und Hannelore, geb. Brade, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 24. November 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

**Amtsgericht Frankfurt (Main), Abt. 73**

**98**

#### Neueintragung

GR 282 — 29. 7. 1958: Jagdaufseher Karl Waldschmidt und Lina Louise geb. Krenzler in Wissenbach (Dillkreis). Durch notariellen Vertrag vom 4. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen.

**Dillenburg, 29. 12. 1958      Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 233 — 29. 7. 1958: Lehrer Oswald Grimm und Elisabeth, geb. Georg in Rittershausen (Dillkreis). Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 28. 5. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958      Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 234 — 15. 11. 1958: Metzgermeister Ernst Sommer und Martha Elise Sommer, geb. Müller in Oberscheld (Dillkreis). Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958      Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 235 — 17. 11. 1958: Kraftfahrzeugschlosser Gerhard Seidenglanz und Gertrud Seidenglanz, geb. Füll, Dillenburg, Gartenstraße 14. Auf Grund der Erklärung der Ehefrau vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958      Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 236 — 17. 11. 1958: Metzgermeister Rudolf Hampel und Else Hampel, geb. Geißler in Haiger, Obere Pfarrstr. 1. Auf

Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 237 — 17. 11. 1958: Betriebsleiter Erwin Klein und Charlotte Elisabeth Klein, geb. Kreutz in Haigerseelbach (Dillkreis). Auf Grund Erklärung der Ehefrau vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 238 — 17. 11. 1958: Kaufmann Helmut Wulkow und Frau Irene Wulkow, geb. Schmidt in Dillenburg, Wilhelmstr. 2. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 239 — 20. 11. 1958: Kaufmann Wilhelm Ax und Charlotte Ax, geb. Ruschkowski in Dillenburg, Am Zwingel 2. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 240 — 20. 11. 1958: Konditormeister Kurt Ballmann und Charlotte Ballmann, geb. Sandhöfer, Dillenburg, Poststr. 11. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 241 — 20. 11. 1958: Kaufmann Helmut Eckhardt und Frieda Eckhardt, geb. Bach in Eibelshausen (Dillkreis). Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 242 — 20. 11. 1958: Bundesbahnzugführer Wilhelm Heuser und Lydia Heuser, geb. Geissler in Dillenburg, van-Brandes-Straße 1. Auf Grund Erklärung der Ehefrau vom 28. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 243 — 20. 11. 1958: Verwaltungsamt-mann Erich Heger und Paula Heger, geb. Sabel, Dillenburg, Friedrichstr. 36. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 28. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 244 — 20. 11. 1958: Fabrikant Dr. Otto Heusler und Elisabeth Heusler, geb. Lehmann, Dillenburg. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 19. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 245 — 20. 11. 1958: Kaufmann Erich Dietermann und Erika Dietermann, geb. Bender ins Donsbach (Dillkreis). Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 246 — 20. 11. 1958: Kaufmann Ewald Giebeler und Hilde Giebeler, geb. Berschies in Wissenbach (Dillkreis). Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 23. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 247 — 20. 11. 1958: Heinrich Bastian und Ruth Bastian, geb. Bastian in Wissenbach (Dillkreis). Auf Grund Erklärung der Ehefrau vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 248 — 20. 11. 1958: Kaufmann Werner Manderbach und Elisabeth Manderbach, geb. Englert in Wissenbach (Dillkreis). Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 249 — 20. 11. 1958: Zahntechniker Hans Werner Dick und Gisela Dick, geb. Seip in Fellerdilln (Dillkreis). Auf Grund der Erklärung der Ehefrau vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 250 — 20. 11. 1958: Kaufmann Erhard Schneider und Marie-Luise Schneider geb. Bietz in Hirzenhain (Dillkreis). Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 251 — 20. 11. 1958: Dr. med. Gerhard Nierhaus, Chefarzt und Erika Nierhaus, geb. Otto in Dillenburg. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 252 — 20. 11. 1958: Textilingenieur Herbert Heinrich Adolf Riecken und Marianne Edith Riecken in Rittershausen, Hauptstraße 115. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 253 — 20. 11. 1958: Omnibusunternehmer Walter Kreutz und Ella Pauline Kreutz, geb. Eichert in Haigerseelbach (Dillkreis). Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 254 — 20. 11. 1958: Spediteur und Fuhrunternehmer Erich Müller und Ursula Müller, geb. Georg in Frohnhausen, Hauptstraße 10. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 255 — Sägewerksbesitzer Gustav Bäcker und Erna Bäcker geb. Koib in Niederscheld. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 256 — 20. 11. 1958: Dr. med. habil Gustav Zopf, Dozent und Hermine Zopf geb. Stundt in Dillenburg Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 257 — 20. 11. 1958: Kaufmann Ernst Schnell und Else Schnell geb. Thorn in Ewersbach (Dillkreis), Wilhelmstraße 32. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 258 — 20. 11. 1958: Rechtsanwalt Helmut Jamin und Mutgard Jamin geb. Bindemann, Dillenburg, Wilhelmstraße 12. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

Dillenburg, 29. 12. 1958 **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 259 — 20. 11. 1958: Kaufmann Franz Nied und Herta Nied geb. Wissenbach in Dillenburg. Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3

Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 260 — 20. 11. 1958: Fabrikant Hans Wolfgang Cohnen und Marianne Cohnen geb. Leifeld in Dillenburg, Löhrenstraße 10. Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 18. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 261 — 21. 11. 1958: Dipl. Kaufmann Dr. Friedrich Pickl und Senta Pickl geb. Kann in Dillenburg, Adolfstraße 13. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 28. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 262 — 21. 11. 1958: Vertreter Willi Gehrler und Emmi Gehrler geb. Dittmann in Dillenburg, Nixböthe 50. Auf Grund Erklärung der Ehefrau vom 28. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 263 — 21. 11. 1958: Kaufmann Rudolf Reeh und Ingeborg Reeh geb. Winter in Dillenburg, Schlossberg. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 264 — 21. 11. 1958: Bauarbeiter Theodor Bielfeldt und Erika geb. Sussmann in Haiger (Dillkreis). Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 23. Juni 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 265 — 21. 11. 1958: Bauunternehmer Fritz August Müller und Magdalene Müller geb. Orth in Eibelshausen, Attigstraße 4a. Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 266 — 21. 11. 1958: Kaufmann Martin Brandenburger und Emma Brandenburger geb. Ströher in Dillenburg. Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 267 — 22. 11. 1958: Fabrikant Paul Ströher und Marie Ströher geb. Fleischer in Frohnhausen (Dillkreis). Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 268 — 22. 11. 1958: Kaufmann Hans Cohnen und Lina Cohnen geb. Kuchenbuch in Dillenburg, Kasseler Straße 25. Auf Grund Erklärung der Ehefrau vom 23. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 269 — 22. 11. 1958: Friseurmeister Hermann Meinhardt u. Else Emilie Maria Auguste, Lina Luise Meinhardt geb. Weiß verw. Rapp in Haiger (Dillkreis), Hauptstraße 30. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 28. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 270 — 22. 11. 1958: Nachtwächter Wilhelm Manderbach und Helene Manderbach geb. Schönewald in Ewersbach, Burgstraße 24. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 22. 5. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 271 — 22. 11. 1958: Kaufmann Hans Haberer und Ilse Haberer geb. Assmann in Dillenburg, Hohl 34. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 272 — 22. 11. 1958: Fabrikant Bernhard Hirz und Hedwig Hirz geb. Hofheinz in Haiger. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 273 — 22. 11. 1958: Uhrmacher Erich Backhaus und Luise Backhaus geb. Hinkel in Dillenburg, Marktstraße 5. Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 30. 6. 1958 gem. Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 274 — 25. 11. 1958: Eheleute Bauingenieur Hermann Willi Heister und Frau Waltraud geb. Cornelius in Langenauach (Dillkreis). Durch notariellen Vertrag vom 20. 9. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 275 — 5. 12. 1958: Klempnermeister Rudolf Blecher und Therese Blecher geb. Dreisbach in Ewersbach, Hauptstraße 46. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 276 — 5. 12. 1958: Heinz Aubel und Ursula Aubel geb. Gowin, Landwirtschafts-oberlehrerin, Dillenburg, Sophienstraße 11. Auf Grund Erklärung der Ehefrau vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 277 — 5. 12. 1958: Fabrikant Paul Häuser und Elfriede Häuser geb. Hess in Dillenburg. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 278 — 5. 12. 1958: Dipl. Volkswirt Ernst Simon und Hannelore Simon geb. Weidenbach in Dillenburg. Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 279 — 5. 12. 1958: Kaufmann Karl-Heinz Fuchs und Elisabeth Fuchs geb. Hieronymus in Dillenburg. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 280 — 5. 12. 1958: Kaufmann Reinhold Dietz und Erika Dietz geb. Weber in Dillenburg. Auf Grund Erklärung der Eheleute vom 30. 6. 1958 gem. Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 281 — 10. 12. 1958: Gewerbeoberlehrer Fritz Heun und Marie Heun geb. Paul, Dillenburg, Bismarckstraße 22. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

#### Neueintragung

GR 282 — 10. 12. 1958: Maschineningenieur Jakob Friedrich Wilhelm Sauerwein und Katharina Sauerwein geb. Müller, Dillenburg, Wilhelmsplatz 7. Auf Grund Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Art. 8 I, Ziff. 3 Gleichberechtigungsgesetz soll Gütertrennung gelten und die Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen sein.

**Dillenburg, 29. 12. 1958** **Amtsgericht**

**99**

GR 45 A — Küfer Wolfgang Becker in Kesselbach, Kr. Gießen und dessen Ehefrau Helene Becker, geb. Wißner in Kesselbach.

Nach der am 30. Juni 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz v. 18. Juni 1957).

**Grünberg,, 19. 12. 1958** **Amtsgericht**

100

**Gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 des Gleichberechtigungsgesetzes besteht Gütertrennung.**

Dies ist im Güterrechtsregister bei nachstehend aufgeführten Eheleuten eingetragen worden

am 5. November 1958

GR 70: Rausch, Heinrich, Mittelschul-Konrektor und Emma, geb. Marschhausen, Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 71: Handelsvertreter Horst Georg Herrmann und Angela, geb. Feldpausch, Allendorf Kr. Marburg (Lahn);

GR 72: Kaufmann Adolf Schroer und Maria, geb. Weiland, Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 73: Kaufmann Richard Schöberlein u. Rosemarie Mathilde Charlotte, geb. Drill, Neustadt (Kr. Marburg);

GR 74: Major a. D. Freiherr Hans Wolfram Schenck zu Schweinsberg und Freifrau Ruth, geb. Bucher in Schweinsberg, Kr. Marburg (Lahn);

GR 75: Tierarzt Dr. Friedrich Wilhelm Sohn und Gertrud, geb. Keller in Erksdorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 76: Landwirt Karl-Heinz Seebaum und Gisela, geb. Bredemeier in Kirchhain (Bez. Kassel), — Radenhausen;

GR 77: Landwirt Ludwig Pfeiffer und Therese, geb. Lecher, in Emsdorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 78: Kaufmann Dr. Kurt Nassauer und Anna Elisabeth, geb. Balzer, in Kirchhain (Bez. Kassel);

GR 79: Textilfabrikant Karl Ernst Müller und Isolda Gertrud, geb. Pfau in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 80: Kaufmann Heinrich Müller und Margarete, geb. Gling in Josbach, Kr. Marburg (Lahn);

GR 81: Landwirt Arnold Konstantin Martin und Agnes Maria Katharina, geb. Schmitt in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 82: Kaufmann Franz Klemm und Margarete, geb. Schmid in Amöneburg, Kr. Marburg (Lahn);

GR 83: Kaufmann Ulrich Paul Louis Franz Haucke und Ingeborg, geb. Radtke, in Rauschenberg, Krs. Marburg (Lahn);

GR 84: Kaufmann Friedrich Wilhelm Funk und Rosa, geb. Sohm, in Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 85: Dr. med. Heinrich August Wilhelm Fritsche und Erika Hildegard, geb. Groll in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn).

GR 86: Uhrmachermeister Martin Drobisch und Lucie, geb. Vogt, in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 87: Schlossermeister Paul Ahlgrimm und Lina, geb. Weber in Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 88: Landwirt Franz Josef Schmitt und Maria Veronika, geb. Müller, in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 89: Ingenieur Wolfgang Beyer und Ursula, geb. Klug in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 90: Johannes Deboben und Gerda, geb. Kernatz, in Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 91: Landwirt Johannes Deubel und Elisabeth, geb. Scheerer in Kleinseeheim, Kr. Marburg (Lahn);

GR 92: Fabrikant Josef Hellmann und Gertrud, geb. Heinz in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 93: Autoschlosser Theodor Huhn und Auguste, geb. Schmitt, in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 94: Simon Mess und Auguste, geb. Seibert in Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 95: Kaufmann Friedrich Gustav Laarmann in Kirchhain (Bz. Kassel) und Hanna, geb. Göhler, in Hannover, Jordanstraße 47;

GR 96: Metzger und Händler Hans Müller und Elisabeth, geb. Mattheis in Josbach, Kr. Marburg (Lahn);

GR 97: Schlossermeister und Kaufmann Friedrich Pitton und Elisabeth Albertine, geb. von Pape in Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 98: Landwirt Theobald Preis und Gertrud, geb. Dechant in Mardorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 99: Horst Theodor Remberg und Irmgard Ernestine, geb. Mößer in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 100: Landwirt Heinrich Riehl und Katharina, geb. Fischer in Mardorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 101: Textilindustrieller Max Richter und Luise, geb. Köcher in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 102: Zimmermeister Paul Seeger und Elisabeth, geb. Kamm, in Schweinsberg, Kr. Marburg (Lahn);

GR 103: Oberstleutnant a. D. Gundolf Freiherr Schenck zu Schweinsberg und Liselott Freifrau Schenck zu Schweinsberg, geb. von Pape in Schweinsberg, Kr. Marburg (Lahn);

GR 104: Dipl.-Ing. Krafft Freiherr Schenck zu Schweinsberg und Ilse Freifrau Schenck zu Schweinsberg, geb. Stubbs in Schweinsberg, Kr. Marburg (Lahn);

GR 105: Kaufmann Heinrich Otto Friedrich Spitzbarth und Else Meta, geb. Schlechtweg in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 106: Zimmermann Friedrich Strippel und Hildegard, geb. Krumm in Rauschenberg, Kr. Marburg (Lahn);

GR 107: Rechtsanwalt und Notar Dr. Oskar Tammenhain und Linda Eleonore, geb. Röntsch in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn);

GR 108: Fabrikant Fritz Winter und Ursula, geb. Hüttner in Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 109: Bäckermeister Karl Friedrich Wolf und Lieselotte, geb. Birkenbach in Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 110: Zahnarzt Gerhard Würfel und Hiltrud, geb. Knau, in Kirchhain (Bz. Kassel);

GR 112: Gottfried Bodenbender und Anna Barbara, geb. Kappeller in Kirchhain (Bz. Kassel);

am 28. November 1958

GR 114: Textiltechniker Siegfried Schwabe und Ingeborg, geb. Stoklassa in Allendorf, Kr. Marburg-Lahn;

GR 115: Kaufmann Heinz Erich Müller in Kirchhain (Bz. Kassel) und Christa, geb. Montanus in Berlin-Dahlem, Goslerstraße 2/4.

GR 116: Karl-Heinz Scheibner und Gerda, geb. Scholz in Rauschholzhausen, Kr. Marburg (Lahn).

**Amtsgericht Kirchhain (Bz. Kassel)**

★

GR 113: Architekt Hans Schenker und Margarit, geb. Niedenzu in Kirchhain (Bz. Kassel), Am Hang 14 haben durch Vertrag vom 11. 10. 1958 Gütertrennung vereinbart.

Kirchhain (Bz. Kassel), 26. 11. 1958

**Amtsgericht**

GR 117: Kaufmann Alfred Adler und Adelheid, geb. Götzel, beide in Allendorf, Kr. Marburg (Lahn), haben durch Vertrag vom 27. 6. 1958 Gütertrennung vereinbart.

Kirchhain (Bz. Kassel), 28. 11. 1958

**Amtsgericht**

101

**Neueintragungen**

GR 26 A: Reimann, Leopold Josef, Bankbeamter und Doris Gisela, gesch. Eger, geb. Hawel, in Rotenburg a. d. Fulda.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957).

Rotenburg (Fulda) 10. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 27 A: Schlothauer, Helo, Fabrikant und Ilse Martha Elisabeth, geb. Rehs, in Bebra.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Rotenburg (Fulda), 19. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 28 A: Köhler, Karl, Kaufmann, und Loise Lotte, geb. Hopp in Bebra.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Rotenburg (Fulda), 19. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 29 A: Janssen, Eilert, Bauunternehmer, und Elisabeth, geb. Rüger, in Bebra.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Rotenburg (Lahn), 19. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 30 A: Janssen, Erich Friedrich Gustav, Bauunternehmer, und Hedwig, geb. Lepper, in Lisperhausen.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Rotenburg (Fulda), 19. 12. 1958 **Amtsgericht**

102

**In diesen Ehen gilt Gütertrennung:**

GR 112 — Eheleute Landwirt Heinrich Rüffer und Katharina, geb. Scheel, Hutten, eingetragen am 13. Dezember 1958;

GR 113 — Eheleute Rentner Philipp Jost und Katharina, geb. Richter, Oberzell, eingetragen am 15. Dezember 1958;

GR 114 — Eheleute Rentner Erwin Thom und Elisabeth, geb. Mühlfeld, Schlüchtern, eingetragen am 16. Dezember 1958.

**Amtsgericht Schlüchtern**



103

## Andere Behörden und Körperschaften

### Satzungsänderung der Hessischen Landesbank — Girozentrale — Frankfurt (Main)

Gemäß § 11 Abs. 1 Buchstabe e der Satzung der Hessischen Landesbank — Girozentrale — hat die Versammlung der Gewährträger beschlossen, mit Wirkung vom 3. 12. 1958 an den § 13 der Satzung wie folgt zu ändern:

- „a) In Absatz 1 Satz 1 tritt an die Stelle der Zahl 16 die Zahl 18  
b) In Absatz 1 Satz 3 tritt an die Stelle der Zahl 8 die Zahl 9  
c) In Absatz 8 Satz 1 und Satz 2 tritt an die Stelle der Zahl 8 jeweils die Zahl 9.“

Frankfurt (Main), 29. 12. 1958

Hessische Landesbank  
— Girozentrale —

104

**Aufgebot:** Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt:

Ernst Bauer, Nidda, Konto Nr. 25576; Adolf Eberhard, Ober-Schmitten, Konto Nr. 16393; Karl Martin Hirtzinger, Rodheim, Konto Nr. 11175, lautend auf Wilhelm Hirtzinger, Rodheim; Pauline Ritzel, Glashütten, Konto Nr. 14892 lautend auf Else Ritzel, Glashütten; Johanna Hainz, geb. Schäfer, Burkhardts, Konto Nr. 2045; Karl Hammel I., Rodenbach, Konton Nr. 4775; Josef Glaser, Büdingen, Konto Nr. 2228; Sophie Seitz Wwe., Hirzenhain, Konto Nr. 93, lautend auf Heinrich Wilh. Seitz, Ehel., Hirzenhain; Rudolf Arnold, Eichelsachsen, Konto Nr. 10684 lautend auf Frieda Arnold, Eichelsachsen.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, binnen 3 Monaten, vom Tage dieser Veröffentlichung an gerechnet, unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkassen anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Nidda, 23. 12. 1958

Kreissparkasse des Landkreises Büdingen in Nidda  
Der Vorstand

105

## Öffentliche Ausschreibungen

**ESCHWEGE:** Die Ausführung von Straßenbauarbeiten mit teilweiser Materiallieferung auf der Landstraße I. Ord. Nr. EZ Nr. 3, km 6,247 bis 8,326 zwischen Atzenhausen und Hedemünden, Kreis Witzhausen, soll im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Es handelt sich um ca. 11 600 m<sup>2</sup> Asphaltbetontoppich auf Streumakadam-Unterschicht einschl. teilweiser Unterbauverbreiterung und Verstärkung sowie aller Nebenarbeiten.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, wenden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Straße 52, bis spätestens 13. 1. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 15. 1. 1959 im Hess. Straßenbauamt Eschwege abgegeben. Die Eröffnung der Angebote findet am 23. 1. 1959, 10 Uhr, statt.

Hess. Straßenbauamt Eschwege

106

**Darmstadt:** Die Bauarbeiten zum vierspurigen Umbau der Bundesstraße Nr. 43 zwischen Bau-km 3,9 + 64 und 4,7 + 45 einschl. Anschlussstelle Bischofsheim sollen vergeben werden. Nächster Ort: Bischofsheim.

Zur Ausführung kommen im wesentlichen:

- rd. 8 000 m<sup>3</sup> Mutterbodenbewegung;
- rd. 18 000 m<sup>3</sup> Bodenbewegung mit weitgehender Bodenverbesserung durch Kalk;
- rd. 20 000 m<sup>3</sup> Dammschüttung einschl. Lieferung;
- rd. 21 000 m<sup>3</sup> Frostschutzkies;
- rd. 15 000 m<sup>3</sup> Zementvermörtelung;
- rd. 3 200 m<sup>3</sup> Betonleitstreifen;
- rd. 13 300 m<sup>3</sup> Unterbau aus Heißbitumenkies;
- rd. 13 300 m<sup>3</sup> Schwarzdecke 12 cm, bestehend aus 2 Asphaltbinderlagen und 1 Asphaltfeinbetondecklage;
- rd. 5 600 m<sup>3</sup> Mischmakadamdecke auf Schotterunterbau.

Die Verdingungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei der Anforderung der Unterlagen durch Referenzen den Nachweis führen, daß sie gleichwertige Arbeiten durchgeführt haben. Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Straßen-Neubauamt Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 22, bis spätestens 17. Januar 1959 mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt werden oder durch die Post zugesandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Leistungsverzeichnisse und 1 Satz Pläne in Höhe von 25,— DM, die nicht zurück-erstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen sind vorzunehmen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, oder auf deren Postscheckkonto Nr. 35 599 Frankfurt/M.

Für Selbstabholer werden die Verdingungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung und einer Vollmacht am 20. Januar 1959 in der Zeit von 8—15 Uhr im Straßen-Neubauamt Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 22, III. Stock, abgegeben.

Eröffnungstermin: Freitag, den 6. Februar 1959, 11 Uhr.

Darmstadt, 6. 1. 1959

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

## Einbanddecken zum Staats-Anzeiger - Jahrgang 1958

Stückpreis 3,50 DM zuzügl. Versandkosten

Lieferung (nur auf Vorausbestellung) erfolgt etwa Mitte Februar 1959

Staats-Anzeiger für das Land Hessen, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, Postschließfach 109

(Eilsendungen: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A)

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt. Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 u. 33 11 96. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden (Ruf 2 58 61). Postfach 109 (Eilsendungen: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A). Anzeigenschluß: jeden Dienstag um 14 Uhr. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 2 vom 1. 4. 1956. Auflage: 9800. Umfang: 24 Seiten.